

Löhne und Arbeitsbedingungen verteidigen, verbessern und die Ausbeuterordnung überwinden!

Im Herbst des Krisenjahrs 2009 jammern die Kapitalisten und ihre Bundesregierung besonders, wie schlecht es ihrer „Wirtschaft“ geht und lehnen zugleich wütend jede Forderung nach Realloohnerhöhung ab. Bei den heurigen Kollektivvertragsverhandlungen wird mit Unterstützung der Massenmedien ein ungeheurer Druck ausgeübt, dass wir – die Arbeiter/innen und Angestellten – „Maß halten“ sollen, um die kapitalistische Wirtschaft „nicht zu gefährden“, die ohnehin „in der schwersten Krise seit 80 Jahren“ steckt. Und die Chef-Verhandler vom ÖGB signalisieren von vornherein „Einsicht“ und „Rücksichtnahme“. So ziehen sich die ÖGB-Führer schon vor Beginn der KV-Verhandlungen auf die Position zurück, dass es „keine Nulllohnrunde“ geben dürfe („Solidarität“ vom September 2009) – 1 Prozent wäre damit schon ein „Erfolg“!?!)

Wenn die Gewinne in manchen vergangenen Jahren um 200 Prozent und mehr in die Höhe geschwungen sind, haben uns die Kapitalisten nie Lohnerhöhungen in dieser Höhe „angeboten“ oder auch nur teilweise zugestanden. Aber jetzt wollen sie, dass wir einen zusätzlichen „Solidarbeitrag“ zur Sanierung ihrer Wirtschaft leisten – z.B. in Form von Reallohnsenkungen zu ihren Gunsten. Im real existierenden Ausbeutersystem schaffen wir Arbeiter/innen fast alle Werte (sowohl materielle Güter als auch „Dienstleistungen“) und erhalten im Durchschnitt dafür gerade so viel, wie wir mit unseren Familien zum Leben brauchen. Eine Verdoppelung der Gewinne „unseres“ Betriebs führte noch nie zur Verdoppelung unserer Löhne. Aber jedes Zehntelprozent weniger Lohnerhöhung bei uns erhöht direkt die Kapitalprofite. In der Berechnung der Kapitalisten geht es nach Abzug

der „Fixkosten“ für Gebäude, Maschinen, Rohstoffe usw. und der „variablen“ Lohnkosten im Wesentlichen um den Gewinn (genauer: den Mehrwert). Gelingt es den Kapitalisten in den Kollektivvertragsverhandlungen (und Betriebsvereinbarungen) die „Lohnkosten“ (auch nur relativ) zu senken, bleibt ihnen ein höherer Mehrwert, sprich Profit.

Karl Marx (und andere Wissenschaftler/innen vor und nach ihm) haben nachgewiesen, dass der Lohn durchschnittlich dem Wert der Ware Arbeitskraft – das sind wir!! wir selber, unsere Partner/innen, Kinder usw. – entspricht. Wenn die Arbeiter/innenklasse schwach organisiert und wenig kämpferisch ist, können die Kapitalisten den Lohn unter das (bisherige) Lebensniveau drücken. Das bedeutet dann Armut in vielerlei Hinsicht: Vor allem muss bei vielen Dingen des täglichen Lebens gespart werden, z.B. werden schlechtere Lebensmittel und Kleidung gekauft, die Freizeit (nach der Arbeit, am Wochenende, im Urlaub) wird noch mehr als bisher vorm Fernseher oder beim Wirt'n abgesehen, es gibt keine neue Zahnkrone oder Brille, die Kinder müssen früher arbeiten gehen und können keine Weiterbildung mehr machen usw. Bei Personen und Familien mit bisher schon niedrigem Einkommen wirkt sich eine Reallohnsenkung dann noch viel brutaler aus.

Das heute bestehende Wirtschaftssystem, der Kapitalismus, beruht darauf, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeiter/innen und kleinen Angestellten (samt ihren Familien) damit „einverstanden“ sind, dass sie nahezu hilflos vom Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft abhängen, auf die sie keinerlei Einfluss haben. (Wenn große Teile der Arbeiter/innenklasse

das Ausbeutersystem in Frage stellen, werden die Kapitalisten versuchen, mit ihrem staatlichen Unterdrückungsapparat das System zu sichern.) Aber auch die Kapitalistenklasse hat keinen direkten Einfluss auf die Entwicklung ihrer Wirtschaft, denn – wie Marx und andere ausführlich untersucht und nachgewiesen haben – „passieren“ die kapitalistischen Wirtschaftszyklen (Kreisläufe mit Hochkonjunktur, Krise, Depression, Aufschwung) sozusagen hinter dem Rücken der Kapitalisten. Der Kapitalismus ist keine gesamtgesellschaftliche Planwirtschaft, sondern eine auf Teufel-komm-raus Investier- und Profitier-Wirtschaft bis zum nächsten großen Krach. In keiner Konjunkturphase geht es um die Bedürfnisse der Arbeiter/innenklasse. Was im heutigen späten, „letzten“ Stadium des Kapitalismus staatlich geplant werden kann, ist die Subventionierung der Multinationalen Konzerne aus Steuergeldern, die Steuerbefreiung der Großbetriebe, die Sanierung der Aktiengroßbanken mit Budgetgeldern. Andererseits werden zur Budgetsanierung z.B. die Einsparungen im Gesundheits- und Bildungswesen, in der öffentlichen Versorgung usw. geplant. Und nicht zuletzt wird auch geplant, wie die Staatsgewerkschaft ÖGB bzw. ihre verantwortlichen Funktionäre so geschickt auftreten können, dass einerseits der Unmut und die Empörung in der Arbeiter/innenklasse nicht zu groß wird, vor allem aber die Interessen des Kapitals gegenüber den Arbeiter/innen durchgesetzt werden. Heuer bedeutet das jedenfalls: Niedrige KV-Abschlüsse, keinesfalls Arbeitszeitverkürzung, keine weitere rechtliche Angleichung der „Arbeiter“ mit den „Angestellten“, keine Maßnahmen zur Angleichung der Arbeitsbedingungen der Frauen an die der Männer (z.B.

durch Abschaffung von „Leichtlohngruppen“), keine Verbesserungen für die Situation der jugendlichen Arbeiter/innen, keine rechtlichen Maßnahmen zur Absicherung des Status von Migrant/innen, kein gesetzlicher Mindestlohn usw. usf. Bei fortschreitendem Sozialabbau (und damit steigenden Ausgaben für früher kostenlose öffentliche Dienstleistungen) bedeutet „Inflationsabgeltung“ nichts anderes als Senkung des Lebensstandards.

Wir Revolutionären Kommunist/innen wollen hier absichtlich keine konkreten Forderungen für die KV-Verhandlungen und den gewerkschaftlichen Kampf aufstellen, weil wir einerseits zu wenig Einfluss haben, um unseren Forderungskatalog gezielt in die Debatte einzubringen. Andererseits wollen wir unter den fortgeschrittenen und klassenbewussten Kolleg/innen nicht die Illusion verbreiten, dass durch das bloße Aufstellen von „radikalen“ Forderungen (wie z.B. „100 € mehr für alle!“, „11 € in der Stunde Mindestlohn für alle!“ usw.) irgendwelche realen Vorwärtsschritte im gewerkschaftlichen und betrieblichen Kampf erreichbar wären, solange keine gefestigten, kämpferischen Basisgruppen unabhängig von der ÖBG-Führung in den Betrieben existieren.

Wenn in den jetzigen KV-Verhandlungen gekuscht wird, werden die gerade einsetzenden Kündigungswellen erst recht über uns hinwegrollen. Deshalb müssen sich kämpferische KollegInnen im Betrieb, in und außerhalb des ÖGB zusammenschließen und aktiv werden. Wir Revolutionären Kommunist/innen beteiligen uns in den Betrieben, in denen wir arbeiten, an kämpferischen gewerkschaftlichen Initiativen und unterstützen den Aufbau von Aktions- und Kampfkomitees. Dabei zeigen wir den engen Zusammenhang zwischen schlechten Arbeitsbedingungen und dem Ausbeutersystem auf und beteiligen uns am Aufbau

revolutionärer Gewerkschaftsstrukturen, die den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen mit dem Kampf um die proletarische Revolution verbinden - das ökonomische System, unter dem wir leiden, ist das Ausbeutersystem, das zerschlagen werden muss. Die revolutionär-kommunistische Linie in der Gewerkschaftsfrage wurde von Karl Marx in „Lohn, Preis und Profit“ folgendermaßen umrissen:

„Die Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. ... Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems“.

Wir sind davon überzeugt, dass ohne Entwicklung einer kämpferischen Basisbewegung in den Betrieben (und an AMS-Stellen, Schulen und Universitäten) auch politische Strömungen und Bewegungen mit kapitalismuskritischer, revolutionärer und kommunistischer Orientierung vorerst nur geringen Einfluss haben werden. Aber wir sind anderer Meinung als viele sogenannte „marxistisch-leninistische“, trotzkistische, syndikalistische und andere reformistische Gruppen, die in Theorie oder Praxis einen Zwei-Etappen-Plan verfolgen: Zuerst gewerkschaftliche, ökonomistische, sozialreformerische Bewegungen und Kämpfe und erst dann, wenn diese breit entwickelt sind, Übergang zur zweiten, politischen Etappe, in der dann der Kapitalismus und das Ausbeutersystem in Frage gestellt und der Sozialismus angestrebt werden sollen. Dieser Fehler war in der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter/innenbewegung der letzten 150 Jahre prägend und folgeschwer.

Wir sind der festen Überzeugung – und beziehen uns dabei auf Lenin's Schrift „Was tun?“ – dass der Aufbau einer Revolutionär-Kommunistischen Organisation von Anfang an auf eine Partei des revolutionären Aufstands zur Zerschlagung des bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems (bzw. ihren Aufbau) ausgerichtet werden muss. Das bedeutet gleichzeitig, dass die Partei dazu so weit wie möglich in der Arbeiter/innenbewegung und in sozialen Protesten der Volksmassen verankert sein und dort eine richtungsweisende Vorreiterrolle einnehmen muss.

Um in Österreich politisch weiter zu kommen, muss auch das Dickicht des sozialdemokratisch-sozialpartnerschaftlichen Staatswesens auseinander gehauen werden, das der Arbeiter/innenklasse die Sicht völlig verstellt und ein Gestrüpp von tausenden Hindernissen bildet, die kämpferischen und klassenbewussten Arbeiter/innen das Vorwärtkommen ungeheuer erschweren. In Krisenzeiten zeigt sich ganz besonders deutlich die üble Rolle der Arbeiteraristokratie, die bestochen ist und grundsätzlich den Standpunkt der Bourgeoisie in der Arbeiter/innenklasse verbreitet. Wir sagen seit Jahren klar und deutlich: *„Der ÖGB ist keine gewerkschaftliche Kampforganisation der Arbeiter/innen. Es ist notwendig, neue gewerkschaftliche Strukturen aufzubauen, die den Kampf um die Tagesinteressen in Verbindung mit den gesellschaftlichen Zielen der Arbeiter/innenklasse organisieren.“* *„Wir müssen auch den gewerkschaftlichen Kampf organisieren und führen, vor allem aber den revolutionären politischen Kampf zum Sturz dieses Systems und für den Sozialismus anheizen.“* (Kampf den bürgerlichen Gewerkschaften, der Arbeiteraristokratie und Sozialpartnerschaft“, Wien 2001, S.18 und 10)

Pseudo- oder Revolutionärer Kommunismus?

Vor 95 und vor 70 Jahren haben die Mächtigen und Reichen dieser Welt den Ersten und den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen. Heute zündeln sie wieder an allen Ecken und Enden und sie sind drauf und dran, es erneut auf eine weltumspannende Katastrophe ankommen zu lassen. Besser wäre, es gelänge vorher sie zu entmachten. Krieg ist die Fortsetzung von Politik mit anderen, nämlich militärischen Mitteln. Deshalb ist auch seit dem Ende des letzten Weltkriegs kein Jahr verstrichen, in dem die herrschenden Imperialisten, das sind die Machthaber v. a. Europas, der USA, Japans und Russlands, nicht den einen oder den anderen lokalen Kriegsbrand gestiftet haben. Heute sind die imperialistischen Machthaber Österreichs gleich in 14 verschiedenen Staaten mit Bundesheersoldaten präsent. Die Erfahrung des Verlaufs der großen imperialistischen Weltbrände 1914 – 1918 und 1939 – 1945 lehrt aber auch, dass die Sache für die herrschenden Kapitalisten/Imperialisten ganz schön ins Auge gehen kann. Der Krieg führt, insbesondere bei den Nationen, die sich auf der Verliererstrasse befinden zur äussersten Zuspitzung der Klassegegensätze. So ist es mitten im Ersten Weltkrieg zu einer revolutionären Welle zuvor unbekanntem Ausmasses gekommen. Auf der wilden Jagd nach Maximalprofit ist der Kapitalistenklasse durch Lenins Roten Oktober die Kontrolle über ein Sechstel der Erdoberfläche entglitten. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs wurde diese Entwicklung nochmals überboten. Im Zuge der Umwälzungen in Osteuropa und des Sieges der Revolution in China vor 60 Jahren war nunmehr sogar ein Drittel des Globus dem imperialistischen Zugriff entzogen. Zwischenimperialistische Konkurrenz führt zu immer neuen Kriegen und Kriegsbränden können die Zuspitzung hin zu revolutionären Situationen auch in

den imperialistischen Zentren befördern. Solche Situationen sind durch ein besonders hohes Mass an Instabilität gekennzeichnet: die Herrschenden können nicht mehr so weiter tun, wie sie es bisher gewohnt waren und die Beherrschten sind nicht mehr bereit den bisher hingenommenen Status Quo zu ertragen. In einer derartigen Lage können große, epochale Umwälzungen eingeleitet werden. Sehr viel hängt in so einer Umbruchphase von der Qualität der revolutionären Führung ab. In Russland und in China haben zu ihrer Zeit Revolutionär-Kommunistische Parteien in diesem Sinn hervorragendes zustande gebracht, sie können noch heute als Vorbilder gelten. Diese Parteien haben es immerhin verstanden für 25 bis 35 Jahre den Revolutionär-Kommunistischen Klassenkampf mit dem Aufbau des Sozialismus zu verbinden, erst danach sind sie an der unbedingt notwendigen Erneuerung der Schubkraft der Bewegung gescheitert. In Österreich hat es 1918/1919 im Zuge des Zusammenbruchs des Völkerkerkers der Habsburger im Ersten Weltkrieg nur zu einer halben Revolution gereicht. Und das obwohl sowohl im westlichen Nachbarland Bayern als auch im östlichen Nachbarland Ungarn die Arbeiterschaft für kurze Zeit die Macht erringen konnte. Dass die Umwälzung in Wien damals im kapitalistischen Rahmen stecken geblieben ist, hat das Bürgertum ganz wesentlich der austromarxistischen Sozialdemokratie zu verdanken. Otto Bauer, Karl Renner, Friedrich Adler und Co haben sich als ausgesprochen tüchtige Ärzte am Krankenbett des Kapitalismus erwiesen. Sie haben sämtliche Register ihres zweifelhaften Könnens gezogen um die vor dem Hintergrund des Kriegserlebnisses zurecht wütende und kampfbereite Arbeiterschaft in die Irre zu führen und von einer Arbeiterrevolution abzuhalten.

Die Vorläufer der heutigen ÖVP wären aus eigener Kraft völlig überfordert gewesen ihre Klassendiktatur zu verteidigen. Aber diese Herrschaften waren schon damals genauso undankbar wie unersättlich, weshalb sie, sobald die bürgerliche Klassendiktatur Dank der Kraftanstrengung der austromarxistischen Führung wieder gefestigt war, ein klerikalfaschistisches Regime errichteten und damit der deutschfaschistische Katastrophe den Weg ebneten. Kurioserweise wird das Andenken an den Austromarxismus heute ausgerechnet von der KPÖ hochgehalten. In Zeiten des Kalten Krieges wurde Otto Bauer von „linken“ Antikommunisten wie Josef Cap oder Alfred Gusenbauer als Prophet eines angeblichen „Dritten Weges“ zwischen freiheitlichem Westblock und bösem Osten hoch gehalten. Die KPÖ, die sich von Lenin als dem in Theorie und Praxis bedeutendsten Vertreter der kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert bei jeder erdenklichen Gelegenheit distanziert und ihn nicht einmal mehr, wie vor dem Kollaps der revisionistischen SU als Säulenheiligen gelten lässt, füllt somit das seit 1991 bei ihr entstandene ideologische Vakuum mit abgelegten Requisiten Kalter Krieger des Imperialismus! Der Niedergang der KPÖ seit 1945 ist wesentlich durch das Ringen von zwei Linien um die innerparteiliche Vormacht gekennzeichnet. Während die eine Linie vor allem ihr antifaschistisch-demokratisches Wesen betont hat, bestand die andere Linie insbesondere auf bedingungsloser Loyalität gegenüber der jeweiligen Moskauer Führung. Ein ausgesprochen österreich-patriotischer Kurs hat bis Mitte der 1960er Jahre beide Linien gut unter einen Hut zu vereinigen vermocht. Nach der Militärintervention des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei 1968 gewannen die Moskauer in der

KPÖ die Oberhand und sie behielten das Heft bis zur Liquidation der bürokratisch-kapitalistischen Regimes in Russland und Osteuropa (1989 - 1991) fest in Händen. Seither hat sich die KPÖ in einen kleinbürgerlichen Wahlverein der sich weiterhin KPÖ nennt und in den Traditionsverein (Kommunistische Initiative), der der staatskapitalistischen Machtentfaltung unter Breshnew hinterhertrauert, gespalten. Der KPÖ-Aktivist Kurt Palm befindet über seine Partei im Presse-Interview vom 10. August 2009: „Linke Positionen haben es zwar in Österreich immer schwer gehabt. Aber ein Potenzial von fünf bis zehn Prozent bei Wahlen müsste es für eine Linkspartei geben. Die KPÖ hat in Österreich Fehler gemacht, etwa durch jahrzehntelange Abhängigkeit von der Sowjetunion. Nach der Einverleibung der sozialistischen [richtig: revisionistischen, Anmerkung der Red.] Länder durch den Kapitalismus hat die KPÖ es verabsäumt, eine glaubwürdige linke Politik zu machen und eine Alternative anzubieten.“

Auffällig ist, dass es in der KPÖ nach den Linienkämpfen der 1930er Jahre und der Durchsetzung der Volksfront als strategischer Aufgabenstellung sowie der Auflösung der Kommunistischen Internationale 1943 keine relevanten kommunistischen Kräfte mehr gibt. Antifaschistisch-demokratische Orientierung, unbedingte Identifikation mit der Moskauer Aussenpolitik bis hin zur „Ausschöpfung eines Wählerpotenzials für eine Linkspartei“ – hinter all dem stehen gewiss ehrenwerte Absichten. Bloss – was hat das noch mit Kommunismus zu tun? Kommunist/innen orientieren auf den revolutionären Sturz des Kapitalismus/Imperialismus und des dazugehörigen Staatswesens sowie auf die Errichtung der revolutionären Diktatur des Proletariats als Voraussetzung für die Durchsetzung der klassenlosen Gesellschaft. Viel zu häufig wird der Begriff „Kommunismus“ mit dem Pseudokommunismus der KPÖ oder mit den vor zwanzig Jahren untergegangenen revisionistischen Regimes Osteuropas in Verbindung gebracht. Begriffe

wie „marxistisch-leninistisch“ oder „bolschewistisch“, die aus Linienkämpfen entlehnt sind, die in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ausgefochten wurden, genügen schon lange nicht mehr um eine Standortbestimmung jenseits des Revisionismus zu ermöglichen. Tatsächlich verstanden sich auch solche Lichtgestalten des modernen Revisionismus wie Ramiz Alia (Albanien), Erich Honecker (DDR), Todor Schiwkow (Bulgarien), Michail Suslow (UdSSR), Ernst Wimmer (Österreich) usw. als Marxisten-Leninisten bzw. als Bolschewiki. Möglicherweise haben sich diese Herren privat und im kleinen Kreis als Anhänger sozialdemokratischer Organisationsprinzipien und von Trotzki's Permanenter Revolution zu erkennen gegeben, aber das entzieht sich unserer Kenntnis weil wir ihnen weniger nahe standen als heutige KPÖ-Granden wie Mirko Messner, Walter Baier oder Michael Graber.

Dagegen unterstreicht der Begriff „Revolutionärer Kommunismus“ den dynamischen Charakter der praktischen und theoretischen Leistungen der Vorkämpfer/innen des echten Kommunismus (Karl Marx, Friedrich Engels, Lenin, Rosa Luxemburg, Mao Zedong). Revolutionäre Kommunist/innen halten besonders die Erfahrungen aus den internationalen revolutionären Klassenkämpfen hoch. Aus diesem reichen Erfahrungsschatz treten drei Ereignisse besonders hervor, weil sie noch immer geeignet sind den vor uns liegenden Weg zu erleuchten. Das sind die Pariser Commune, die Sowjetrevolution und die chinesische Kulturrevolution.

1871 hat der deutsch-französische Krieg für eine revolutionäre Situation in Frankreich gesorgt. Die Commune-Revolution hat erstmals zur Errichtung einer immerhin zwei Monate sich behauptenden revolutionären Diktatur des Proletariats geführt. Wichtige Lehren aus den Erfahrungen der Commune konnten erstmals in der Oktoberrevolution 1917 umgesetzt werden. Besonders wichtig am Roten Oktober ist Lenins Theorie von der revolutionär-kommunistischen Partei neuen Typs,

die Räteform der Diktatur des Proletariats und der Aufbau einer leistungsfähigen sozialistischen Planwirtschaft. Die Größe der chinesischen Kulturrevolution (1966 – 1976) liegt vor allem in der Aufdeckung der Grenzen des sowjetischen Modells und in richtungweisenden Lehren über den Klassenkampf im Sozialismus. Denn der Sozialismus ist nur eine Übergangsetappe auf dem Weg zum Kommunismus. Revisionisten sehen ihren „Sozialismus“ dann verwirklicht, wenn eine (bürokratische) Arbeiterpartei die Politik bestimmt und eine Form der Planwirtschaft durchführt. Dieses staatskapitalistische Modell à la Chruschtschow, Breshnew, Deng usw. wurde einst sogar als Übergang zum Kommunismus bezeichnet (wovon heute in China, Vietnam oder Kuba keine Rede mehr ist). Revolutionäre Kommunist/innen hingegen verstehen – wie Lenin, Mao und die Kulturrevolutionsgruppe – den Sozialismus als Phase eines erbitterten Ringens in dem es um sein oder nicht sein geht, um die Durchsetzung des proletarisch revolutionären Weges gegen die Überreste der alten kapitalistischen Gesellschaft und gegen die Vertreter des bürgerlichen Weges der Restauration des Kapitalismus (in häufig verschleierter Form). Nur durch eine richtige, auf die Arbeiter/innen und Volksmassen gestützte Behandlung der Widersprüche der sozialistischen Übergangsgesellschaft kann die Menschheit zu einer sozialistischen Weltrepublik vorankommen und schließlich alle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung beseitigen.

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“ (Marx/Engels, Manifest der kommunistischen Partei, 1848)

Rebellion ist gerechtfertigt!

Die Proteste und Besetzungen ausweiten, Solidarität aufbauen

Die Proteste an den Unis sprechen eine deutliche Sprache. Die erhobenen Forderungen zeichnen sich im Gegensatz zu jenen der Demonstrationen und Proteste vergangener Jahre unter anderem dadurch aus, dass in ihnen natürlich konkret auf die Verschlechterungen im gesamten Bildungssystem und die reaktionären Vorstöße Minister Hahns geantwortet wird, gleichzeitig aber auch zusehends nicht nur das gesamte Bildungssystem, sondern auch der Kapitalismus selbst angegriffen wird. Diese neue Qualität rebellierenden Bewusstseins wurde unter anderem dadurch möglich, dass die Proteste von Beginn an von keiner Institutionsfraktion, sondern von den Studierenden selbst getragen wurden und nach wie vor werden. Die Entwicklung und Ausweitung der Demonstrationen zu Besetzungen ist der derzeitige großartige Höhepunkt dieser Bewegung, wobei es jetzt natürlich darauf ankommt, die Besetzungen mit aller Entschiedenheit weiterzuführen, keinerlei Kompromisse einzugehen die den Niedergang der Bewegung bedeuten würden. Im Gegenteil! Die derzeitige Lage der Bewegung gibt uns die Möglichkeit selbstverwaltete Strukturen weiterzuentwickeln, zu festigen und über die Grenzen der Wiener Uni und Akademie hinauszutragen! Wir meinen, dass die Zusammenhänge und Strukturen die sich bisher innerhalb der Bewegung bisher bildeten eine große Errungenschaft der Studierenden darstellen und auch nach Ende der Proteste und Besetzungen so weit als möglich beibehalten werden müssen, es eine wichtige Aufgabe ist, über das bisher erreichte hinaus, basis- bzw. rätedemokratische Zusammenschlüsse (in Form von Komitees,...) zu errichten. Denn auch wenn Hahn und Konsorten in Anbetracht des Anwachsens der Bewegung zu gewissen Zugeständnissen gezwungen werden können - sie werden immer wieder aufs Neue versuchen ihre Vorhaben und sämtliche damit verbundenen Einschnitte im gesamten Bildungswesen durchzusetzen. Auch sie

lernen aus bisherigen Bewegungen und wissen nur all zu gut, dass sie bis zu einem gewissen Grad die Möglichkeit haben, den kämpferischen Student/innen durch kurzfristige „Zugeständnisse“ zum richtigen Zeitpunkt den Wind aus den Segeln zu nehmen und damit der Bewegung schweren Schaden zuzufügen, weshalb es wichtig ist, dass wir unsere aus der Bewegung geborenen Organisationsformen auch im Falle eines Einlenkens von Seiten der bürgerlichen Politik beibehalten – denn die nächsten Vorstöße gegen die Studierenden kommen bestimmt und darauf sollten wir vorbereitet sein! Voraussetzung um unsere Bewegung weiter zu stärken ist dabei aber nicht nur die Entwicklung unserer eigenen institutionsunabhängigen Organisationsformen, sondern auch, dass wir der Spaltungshetze die von Politik und Medien bis zum Exzess gegen unsere Kolleg/innen aus anderen Ländern (allen voran den Deutschen) betrieben wird, unsere kämpferische Einheit entgegensetzen. Wir sagen klar: Wir lassen uns nicht spalten, denn die Grenzen verlaufen für uns nicht zwischen den Ländern, sondern zwischen oben und unten! Das wurde zwar auch schon in den verschiedenen Communiques der Besetzungen betont, doch sollten wir als Internationalist/Innen nicht müde werden immer wieder neu gegen das Gift der nationalistischen Hetze aufzutreten - in der Bewegung, in allen Bereichen des eigenen Lebens, in den eigenen Köpfen.

Die zusätzlichen im uni-politischen Bereich geplanten Verschlechterungen sind Ausdruck einer beginnenden Offensive des Kapitals gegenüber den Massen, ebenso wie die derzeit einsetzende Kündigungswelle gegenüber Lehrlingen. Umso mehr tritt die Notwendigkeit der Vernetzung der Proteste, nicht nur mit anderen Unis, hervor. Solidarität darf keine abstrakte Lösung bleiben sondern muss Praxis werden. Die Wichtigkeit der Besetzung eines Teils der Universität Graz ist dabei kaum zu überschätzen, und neben der Solidaritätser-

klärung mit den Besetzer/innen, welche das von der ATIGF (Föderation Türkischer Arbeiter/innen und Jugendlicher in Europa) am 24.10. in Linz veranstaltete Arbeitersymposium beschloss, erregt die Bewegung an den österreichischen Universitäten auch in anderen Ländern Aufsehen – so bekundete beispielsweise auch die Kämpferische Student/innenbewegung Griechenlands (Militant Students Movement of Greece) ihre Verbundenheit mit der Bewegung, was insofern von großer Wichtigkeit ist, weil beispielsweise der Kampf gegen den von der EU vorangetriebenen Bologna-Prozess in allen EU-Mitgliedsländern entfacht werden muss, was natürlich eine Vernetzung über die reaktionären nationalstaatlichen Grenzen hinaus unumgänglich macht.

Als revolutionäre Kommunist/innen sehen wir es gegenwärtig als eine der wichtigsten Aufgaben an, eine revolutionäre Organisation aufzubauen und damit einhergehend politische Theorie und Praxis zu entwickeln. Wir meinen, dass der Aufbau so einer Organisation weder am Verhandlungstisch, im Kämmerlein oder sonst wie abseits der Bewegungen erfolgen kann, sondern die jeweiligen Gruppen von Beginn an als revolutionierende Kraft innerhalb der Bewegung stehen und diese vorantreiben müssen. Es geht schlicht darum, dass die verschiedenen Bewegungen in ihren jeweiligen Anliegen so viel wie möglich Erfolge erringen, in den Kämpfen aber eben diese Bewegungen zusammengeführt werden und sich auf ein gemeinsames Ziel ausrichten: die Zerschlagung des Kapitalismus, denn dieser ist als Gesamtsystem die Wurzel aller zunehmend verschärften Ausbeutung und diverser Verschlechterungen, ob nun auf der Uni, in der Schule oder im Betrieb ist dabei einerlei. Für den Kampf gegen diese Zustände und den Aufbau unserer eigenen revolutionären Zusammenschlüsse organisieren wir uns, auf die Zerschlagung des kapitalistischen Systems, darauf richten wir unsere Tat aus!

Weltmacht China – gestern und morgen

China ist heute kein sozialistisches Land mehr, auch wenn die Staatsführung sich „kommunistisch“ nennt. Vor 60 Jahren wurde von der (damals noch revolutionären) Kommunistischen Partei Chinas die zentrale Staatsmacht erobert und im Oktober 1949 die Volksrepublik ausgerufen. In den 1960er Jahren wurde eine aufsehenerregende Kulturrevolution durchgeführt und der Aufbau des Sozialismus schnell vorangetrieben. 1978 erfolgte ein grundlegender Kurswechsel. Als Ergebnis davon ist China heute ein superkapitalistisches Land, das zur Weltmacht aufsteigen will.

Das heutige China ist das Ergebnis eines kurvenreichen Wegs, einer politischen Entwicklung, die besonders im 20. Jahrhundert immer wieder durch revolutionäre Sprünge vorangetrieben wurde.

Bis vor ca. 500 Jahren war China unbestritten die größte Wirtschaftsmacht der Welt und beherrschte den Handel im pazifischen und indischen Raum, Amerika war schon längst „entdeckt“. Ein Großteil der „europäischen Erfindungen“ des 15. und 16. Jahrhunderts stammen ursprünglich aus China. Erst vor 200 Jahren fiel es gegenüber dem europäischen Expansionismus zurück.

Das chinesische „Reich der Mitte“ stagnierte aufgrund seiner fest zementierten feudalen Zentralmacht und wurde von den entstehenden europäischen Kolonial- und imperialistischen Mächten in der Entwicklung zum Teil weit überholt.

Erst die bürgerliche Revolution von 1911 brach die starren feudalen Strukturen auf. Durch die neudemokratische Revolution Mitte des 20. Jahrhunderts, die Gründung der Volksrepublik 1949 und die sozialistische Revolution gelangte China langsam wieder zu Weltbedeutung.

Als die ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas politisch verfaulten und 1956 zuerst in der Sowjetunion, darauf in allen ihren Satellitenstaaten ein Staats-Kapitalismus bürokratischer Form eingeführt wurde (der 1990 einging), übernahm die KP China die Führung der Internationalen Kommunistischen Bewegung. Die KP der Sowjetunion verabsolutierte die Industrialisierung des Landes, die ein notwendiger Teil des sozialistischen Aufbaus ist. Mit der „Theorie der Produktivkräfte“ wurden die sozialistischen Ideen den Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung und „Modernisierung“ des Landes untergeordnet. So entstand langsam eine neue Bourgeoisie aus Funktionären der Kommunistischen Partei, die die Nation und nicht den Sozialismus im Kopf hatten und ein Interesse an der Ausbeutung der Arbeiter/innenklasse entwickelten. Aus der Analyse der Fehlentwicklung in der Sowjetunion schlussfolgerten die Revolutionären Kommunist/innen, dass nur Proletarische Kulturrevolutionen zur Veränderung des Bewusstseins eine ähnliche Entwicklung in China und anderswo verhindern können. Der Sozialismus ist eine Periode erbitterter Klassenkämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat. In China wurden in der Großen Proletarischen Kulturrevolution die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg verurteilt und abgesetzt. Auch wenn diese Kulturrevolution nur etwa 10 Jahre die Machtübernahme durch eine neue bürokratische Bourgeoisie verhindern konnte, so hat sie doch für die Kommunist/innen auf der ganzen Welt wichtige Hinweise gebracht, in welche Richtung die revolutionäre kommunistische Theorie und Praxis weiter entwickelt werden müssen.

Heute ist die sogenannte „VR“ China ein kapitalistischer Staat und unterscheidet sich nur in

der Rhetorik und Propaganda von anderen Großmächten mit schwach entwickelter eigenständiger Industrie, die in der bürgerlichen Medien meist „Schwellenländer“ genannt werden. Das Festhalten an der Staatsdoktrin durch die „KP“ Chinas hängt eng mit dem Erhalt der staatlichen Einheit zusammen.

China ist inzwischen Mitglied in der imperialistischen Welt Handelsorganisation WTO und andern imperialistischen Vereinigungen und private Großkapitalisten sowie internationale Konzerne haben großen Einfluss im Land. Doch setzt die chinesische Führung nach wie vor auf eine Planwirtschaft staatskapitalistischen Typs zum beschleunigten Aufbau einer relativ eigenständigen kapitalistischen Wirtschaft.

Diese Orientierung der KP China ist die Grundlage für den Erhalt der staatlichen Einheit und ist auch der Grund für die regelmäßige Niederschlagung der am USA-Imperialismus orientierten Opposition, die in den bürgerlichen Medien meist als Demokratiebewegung gefeiert wird (z.B. 1989, Falun Gong). Denn eine rasche und vollständige Öffnung Chinas für die großen Imperialisten würde selbstverständlich zu einer Abhängigkeit wie in Indien, Indonesien, Brasilien oder Mexiko führen.

Entgegen der bürgerlichen Propaganda (und ähnlichen Behauptungen verschiedener Revisionisten) ist das heutige China sicher kein sozialistisches Land (und auch nicht in einer Art Zwischenstadium). Die politische und wirtschaftliche Macht ist in China in der Hand der Kapitalisten. Diese stabile Klasse setzte sich heute noch im Kern aus Vertretern der Neuen Bourgeoisie zusammen, die in den 1950 bis 1970er Jahren aus Bürokraten der Kommunistischen Partei entstanden ist (und durch die Kulturrevolution etwa 10 Jahre politisch entmachtet,

aber nicht vernichtet werden konnte). Aber über diese bürokratische Bourgeoisie hinaus hat sich ein Teil der Bourgeoisie herausgebildet, der seine Profite aus der engen Zusammenarbeit und in Abhängigkeit von den großen imperialistischen Konzernen bezieht.

Die Arbeiter/innenklasse hingegen und die Kleinbauer/innen stellen in China nicht mehr die Staatsmacht und haben damit die politischen, wirtschaftlichen und anderen Rechte verloren. Wer das heutige China als sozialistisch oder kommunistisch bezeichnet ist entweder ein antikommunistischer Demagoge oder völlig verwirrt.

Es stimmt, dass sich in den städtischen Ballungszentren sowas wie eine kleine „Mittelschicht“ aus Kleinbürgertum und Arbeiteraristokratie herausbildet. Aber die große Masse der Arbeiter/innen lebt und arbeitet unter den unwürdigsten Bedingungen und ist vom viel bejubelten „Wirtschaftsboom“ weitgehend ausgeschlossen. Noch trostloser ist die Lage der Bauer/innen und Landbe-

völkerung insgesamt, die etwa 70 % der Volksmassen ausmachen. Nach der Auflösung der Volkskommunen Anfang der 1980er Jahre, als neu entstehende Großbauern alle Landwirtschaftsmaschinen an sich rissen, geht der Lebensstandard in Stadt und Land krass auseinander – wie es eben für kapitalistische Länder auf niedriger Entwicklungsstufe normal ist. Millionen von Wanderarbeiter/innen sind die Folge davon.

Wir revolutionären Kommunist/innen sehen den Ausgangspunkt dieser katastrophalen Entwicklung Chinas in den Siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Der scharfe Klassenkampf beim Aufbau des Sozialismus um die Frage: Vorwärts zu einer klassenlosen Gesellschaft, zu mehr und besserer Grundversorgung, zu mehr Gleichheit, geringeren Lohnunterschieden und weniger Privilegien, mehr Klassenbewusstsein und Orientierung auf den Kommunismus ... ODER hinter den Wegbereitern des Kapitalismus in der KP her zu mehr Eigenver-

antwortlichkeit der Betriebsleitungen, mehr Machtfülle für die zentrale Plankommission, höhere Leistungsprämien, mehr „materiellen Anreizen“ (bzw. zu weniger „Gleichmacherei“), mehr „Lernen vom Westen“, schließlich mehr Einfluss imperialistischer Konzerne usw.

Rückblickend kann festgestellt werden, dass mit dem Sturz der revolutionär-kommunistischen Kräfte Ende 1976 die Entscheidung über den weiteren Weg Chinas gefallen war. Die politischen Anhänger/innen Mao Zedongs wurden besiegt und ein mit der revisionistischen Sowjetunion vergleichbarer Kurs eingeschlagen. Wohin dieser geführt hat, ist bekannt. Umso höher ist es zu bewerten, dass sich im heutigen China immer wieder im Untergrund politische Organisationen bilden, die sich am Weg Maos und der revolutionären Kommunist/innen orientieren und diesen Weg fortsetzen wollen. Sie sind die Vorkämpfer/innen eines neuen revolutionären Aufschwungs in China.

Nix neues, aber etwas, das oft vergessen oder verdrängt wird:

Dieser Staat ist nicht der unsere

Wir leben in einem demokratischen Staat, aber einem bürgerlich demokratischen. Die Verfassung ist bürgerlich demokratisch, also demokratisch für das Bürgertum, die Kapitalisten. Die Volksmassen dürfen alle fünf Jahre wählen, welcher Vertreter der herrschenden Klasse sie vertreten und zertreten darf. Alle demokratischen Rechte für uns sind nur formal, leer. Wir dürfen eine politische Meinung haben. Aber hundertmal lauter wird über Radio, Fernsehen und Zeitungen die Meinung der Herrschenden 24 Stunden am Tag den Leuten eingehämmert. Wer nicht die Millionen hat, einen Sender zu betreiben, oder eine Zeitung herauszugeben, geht im bürgerlichen Propagandalärm unter. Das Wesentliche an dieser bürgerlichen Demokratie ist, dass alle Produktionsmittel (Betriebe, Maschinen, Boden usw.)

100% Privatsache sind, nämlich Privatangelegenheit der kapitalistischen Eigentümer. Aber die Produktion, die Arbeit zur Herstellung aller Waren und Werte, ist gesamtgesellschaftlich.

So wird der Diebstahl oder Einbruch in einem Supermarkt viel strenger bestraft, als die bürgerliche Übernahme einer Supermarktkette durch einen kapitalistischen Konkurrenten. Wir dürfen zwar alle Waren herstellen, aber gehören tun sie dem Besitzer der Maschinen, dem Kapitalisten, der sie dann (an uns) verkauft. Diesen Zustand nennt man Kapitalismus, und der wird vom bürgerlichen Staat mit zehntausenden Polizisten, Soldaten und Gefängniswärtinnen, aber auch Journalist/innen, Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen, Ärzt/innen usw. verteidigt und aufrechterhalten. Wir aber wollen eine Gesellschaft, wo

die Produzent/innen, die Arbeiter/innen und Werkstätigen auch über ihre Produkte, die ganzen Güter, verfügen und bestimmen können. Dazu

müssen die Arbeiter/innen den bürgerlichen Staat in der sozialistischen Revolution zerschlagen und die Herrschaft der Arbeiter/innenklasse erkämpfen.

Kampf dem österreichischen bürgerlichen Staat!

SPK/PF(Ö)

verteilt in Krems

Nix neues, aber etwas, das oft vergessen oder verdrängt wird:

!Dieser Staat ist nicht der unsere!

Wir leben in einem demokratischen Staat, aber einen bürgerlich demokratischen. Die Verfassung ist bürgerlich demokratisch, also demokratisch für das Bürgertum, die Kapitalisten. Die Volksmassen dürfen alle fünf Jahre wählen, welcher Vertreter der herrschenden Klasse sie vertreten und zertreten darf. Alle demokratischen Rechte für uns sind nur formal, leer. Wir dürfen eine politische Meinung haben. Aber hundertmal lauter wird über Radio, Fernsehen und Zeitungen die Meinung der Herrschenden 24 Stunden am Tag den Leuten eingehämmert. Wer nicht die Millionen hat, einen Sender zu betreiben, oder eine Tageszeitung herauszugeben, geht im bürgerlichen Propagandalärm unter. Das Wesentliche an dieser bürgerlichen Demokratie ist, dass alle Produktionsmittel (Betriebe, Maschinen, Boden usw.) 100% Privatsache sind, nämlich Privatangelegenheit der kapitalistischen Eigentümer. Aber die Produktion, die Arbeit zur Herstellung aller Waren und Werte, ist gesamtgesellschaftlich.

So wird der Diebstahl oder Einbruch in einem Supermarkt viel strenger bestraft, als die bürgerliche Übernahme einer Supermarktkette durch einen kapitalistischen Konkurrenten. Wir dürfen zwar alle Waren herstellen, aber gehören tun sie dem Besitzer der Maschinen, dem Kapitalisten, der sie dann (an uns) verkauft. Diesen Zustand nennt man Kapitalismus, und der wird vom bürgerlichen Staat mit zehntausenden Polizisten, Soldaten und Gefängniswärtinnen, aber auch Journalist/innen, Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen, Ärzt/innen usw. verteidigt und aufrechterhalten. Wir aber wollen eine Gesellschaft, wo die Produzent/innen, die Arbeiter/innen und Werkstätigen auch über ihre Produkte, die ganzen Güter, verfügen und bestimmen können. Dazu müssen die Arbeiter/innen den bürgerlichen Staat in der sozialistischen Revolution zerschlagen und die Herrschaft der Arbeiter/innenklasse erkämpfen.

!KAMPF DEM ÖSTERREICHISCHEN BÜRGERLICHEN STAAT!!



SPK/PF(Ö)
Sozialistisches Patientenkollektiv /
Patientenfront (Österreich)
m@il: spkpf@geomix.at

In diesem System hat ein Fernseher größeren Wert als ein Menschenleben!

Dieser Artikel wurde von RKJV und IA*RKP ca. eine Woche nach dem Vorfall in Krems als Flugblatt veröffentlicht.

Viele Menschen sind aufgrund der Ermordung von Florian P. ehrlich ergriffen und zu Recht wütend. Gleichzeitig sind die kommerziellen Massenmedien stark darum bemüht eben diese Wut gar nicht erst aufkommen zu lassen und versuchen krampfhaft die Schüsse in den Rücken eines 14jährigen sowie die Durchschießung beider Beine eines zweiten Jugendlichen irgendwie zu rechtfertigen. Das tun sie im Gespann mit den Politikern, die bei Neonazivorfällen wie jenen im KZ Ebensee gerne von „Lausbubenstreichen“ sprechen, den versuchten Einbruch in einen Supermarkt aber zum Verbrechen hochstilisieren und lapidar meinen, dass man da eben „mit dem schlimmsten rechnen müsse“. All diese Versuche, die Wut der Menschen gar nicht erst aufkommen zu lassen und die Ermordung des Jungen irgendwie zu rechtfertigen, sind aber kein besonders übler Einzelfall, sondern zeigen ganz klar den Charakter der herrschenden Zustände, des Systems in dem wir leben, auf. In diesem System, dem Kapitalismus, werden Menschen nicht als Menschen gesehen, sondern nur als Ware, definiert über den Wert bzw. den Profit den sie den Herrschenden durch ihre Arbeit verschaffen können. Die Ware bzw. das Privateigentum der Kapitalisten wird höhergestellt als ein Menschenleben, deshalb ist es in ihren Augen gerecht dass ein 14jähriger erschossen wird um den „Besitz“ des Supermarktes in den er einbrechen wollte zu „verteidigen“. Die Polizei ist dabei nicht der zentrale Akteur sondern bloß Marionette. Die Polizei ist das bewaffnete Instrument der

Kapitalisten zum Schutz ihrer Interessen und zur Aufrechterhaltung ihrer Macht.

Die Ermordung von Florian P. ist das Resultat aus diesen Gesamtverhältnissen bzw. Zuständen und nicht das Ergebnis eines „übertriebenen“ Gebrauchs der Schusswaffe durch die Polizei. Wir können die Ereignisse in Krems nicht isoliert betrachten, vielmehr hat es einen handfesten Hintergrund, warum solche Dinge passieren, ebenso wie es einen Hintergrund hat, dass die Linzer Maidemonstration durch die Polizei angegriffen wurde, „Asylwerber“ bei ihrer „Abschiebung“ ums Leben kommen und bei diversen „Amtshandlungen“ schon mehrmals Unbeteiligte durch die Polizei erschossen wurden. Solange der Kapitalismus und seine Marionetten, z.B. die Polizei, bestehen, wird das auch so weitergehen und der Fall von Florian P. wird sich in Zukunft traurigerweise bestimmt noch mehrmals wiederholen. Doch Jugendliche werden vom System nicht nur durch die bewaffnete Macht der Polizei angegriffen. Sie sind auch Hauptbetroffene von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Verelendung. All diese Dinge werden von den Menschen nicht aus Spaß auf sich genommen, sondern weil die herrschenden Zustände sie dazu zwingen. Auch das ist Gewalt an den Menschen, auch das fordert Menschenleben zugunsten des Profites einiger weniger ein und macht das Leben für viele immer unerträglicher. Deshalb halten wir Rebellion gegen dieses System für gerechtfertigt. Deshalb wollen wir dieses System stürzen. Die Rebellion Einzelner stößt aber

schnell an ihre Grenzen, weshalb wir meinen, dass wir alles versuchen müssen, um die vom System forcierte Vereinzelung der Menschen zu durchbrechen, was am besten dadurch möglich wird, dass wir uns zusammenschließen, uns unsere eigenen Organisationen schaffen und gemeinsam für unsere Interessen und gegen den Kapitalismus kämpfen. Der Kapitalismus ist ein Zustand der permanenten Barbarei, was durch die Ausbeutung der abhängigen Länder genauso eindringlich aufgezeigt wird, wie durch Arbeitslosigkeit oder eben die Ermordung von Florian P. Dagegen stehen wir auf, dagegen wollen wir die sozialistische Revolution - Rebellion ist gerechtfertigt!

Für die sofortige Entwaffnung der Polizei!

Nieder mit dem bürgerlichen Staat, nicht nur dem Polizeiapparat!

Nieder mit dem Kapital und nicht nur seinen Marionetten!

Redaktioneller Nachtrag: Manche Leute mag es verwundern, dass die für den Mord an Florian P. verantwortlichen Polizisten nun schon wieder im Dienst sind. Diese Verwundung ist verständlich, doch war es eigentlich eh klar, dass denen natürlich nichts passiert. So wie überhaupt noch nie einem Polizisten der einen Mord als „Amtshandlung“ durchführte etwas passierte. Warum das so ist? Ganz einfach: Die Augen des „Rechtsstaates“ sitzen immer im Gesicht der herrschenden Klasse! So ist das, und genau deswegen müssen wir uns auch gemeinsam wehren. Oder?

Die grosse Lüge vom „HIV“-Virus und die wahren Ursachen von AIDS

AIDS in Afrika – Kriegsschlacht der Monopole

Im Zusammenhang mit dem Besuch des deutschen Papstes in Afrika, Mitte März des laufenden Jahres, verbreiteten die bürgerlichen Medien erneut eine Schockwelle der Propaganda über die Seuchengeißel. Dazu gehörte auch die vordergründige Empörung über die Verdammung des Gebrauchs von Kondomen durch Großinquisitor Benedikt, um hintergründig die Botschaft wieder einmal knüppeldick auszuteilen: die sexuelle Triebhaftigkeit des „modernen“ Menschen mit ungezügelter promiskuitivem (mit mehreren Sexualpartnern ausgeführten) Sexualverkehr sei die Wurzel des Übels AIDS, und es bleibt dem Gottgläubigen die Einsicht und Demut, sexuell gesündigt zu haben und nur in Enthaltensamkeit der gerechten Strafe Gottes zu entgehen, und auch dem Nicht-Gottesgläubigen bleibt ein schaler Geschmack im Mund, dass er ohne Kondom halt nicht hätte Sex haben dürfen, auf jeden Fall nun keinesfalls mehr „ungeschützt“ und am besten gar nicht mehr, wenn er der Seuche entkommen will.

Klarerweise war die Botschaft des obersten Hüters der vatikanischen „Glaubenskongregation“ bewusst und gezielt an die anscheinend besonders triebhaften und promiskuitiven afrikanischen Massen gerichtet. Immerhin sind dort laut WHO 23 Millionen HIV-infiziert und es sterben täglich 4.000 an der Seuche! Bevor wir uns in Ehrfurcht und Angst verlieren, sollten wir einen kurzen Moment nichts für absichtslos halten, was da irgendwo geschrieben wird. „Benedikt“ Ratzinger war bis zu seiner Berufung ins höchste Amt der Römischen Kirche Leiter der vatikanischen Glaubenskongregation, des obersten Hüters der „Wahren Lehre“. Sie steht in einer historischen Linie mit der Inquisitionsbehörde, die ab dem 13. Jahrhundert Andersgläubige

als „Ketzer“ und mit besonderer Brutalität Naturheilkunde anwendende „weise“ Frauen als „Hexen“ verbrennen ließ. Er und seine Helfershelfer, die Wahrer von „Sitte, Anstand und Moral“ der bürgerlichen Medien sind keineswegs geistig verwirrt. Sie meinen es bitterernst mit der offenen Unterdrückung von „Andersdenkenden“ und insbesondere der historischen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen der Arbeiter/innen-Klasse.

Kehren wir nochmals zurück nach Afrika, insbesondere südlich der Sahara, ins sogenannte „Schwarz-Afrika“. Die Arbeiter/innen-Klasse sieht und erlebt es seit über 150 Jahren: es sterben dort die Menschen in Massen an der Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen: am Mangel an gesunder Ernährung und sauberem Trinkwasser, am Mangel an den grundlegendsten Hygiene- und Wohnbedingungen, an mörderischen Arbeitsbedingungen, an imperialistischen Interventionen und kriegerischen Subversionen.

Gestützt auf alte Stammes-, Feudal- und Kolonialstrukturen des 19. Jahrhunderts und mit der Installierung und militärischen wie finanziellen Aufrüstung von korrupten Kompradorenregimes und „War Lords“ (Führer kriegerischer Banden) haben die Imperialisten und ihre Monopole es geschafft, die grossen Erfolge der nationalen Befreiungskriege der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wieder zunichtezumachen. Seither sind wir Zeugen einer beispiellosen Spirale der Gewalt im Kampf der Monopol- und Finanzbourgeoisien, der EU, USA, Russlands, Chinas, Japans, um die Neuaufteilung der Kontrolle und Ausbeutung der Bodenschätze und Rohstoffquellen dieses Kontinents. Wir erinnern uns hier ganz bewusst an den imperialistisch angezettelten Völkermord der Hutu an

den Tutsi in Ruanda 1994. Ein „Weißbuch“ der ruandischen Regierung erregte vor einiger Zeit Aufsehen, es hat die unmittelbare Einmischung der Truppen des französischen Imperialismus in die Aufhetzung, Organisierung und Bewaffnung der Hutu gegen die Tutsi belegt. Letztere wurden umgekehrt vom US-Imperialismus unterstützt und angetrieben, um den französischen Einfluss zurückzudrängen. Den Völkern Afrikas hat die internationale Arbeiter/innen-Bewegung in ihrem Kampf um die Befreiung gefehlt, sie wäre und ist die einzige, die die Erfolge nationaler Befreiungskämpfe abgesichert und weitergeführt hätte.

Wie lange wollen wir weiter zuschauen, anstatt in jeder einzelnen Frage der imperialistischen Propaganda die Front des proletarischen Standpunkts unnachgiebig und konsequent entgegenzusetzen! Es ist dies Teil des umfassenden Kampfs für die proletarische Revolution, die einzig eine Zukunft auch für die Völker der in Abhängigkeit gehaltenen Länder bringen kann.

So hart es ist, so enttäuschend und niederschmetternd die Lage erscheinen mag, die Arbeiter/innen-Klasse kann und muss mit aller Konsequenz, beharrlich und unbeirrt auf ihre alten revolutionären Kampferfahrungen und auf ihr Wissen um die richtige gesellschaftliche Analyse zurückgreifen. Sie steht vor der historischen Aufgabe, ihren Kampf um die Befreiung der gesamten Gesellschaft von Ausbeutung und Unterdrückung auf neuer Stufenleiter zu entfachen. Dazu ist die revolutionär-kommunistische Analyse, und zwar die *konkrete Analyse der konkreten Situation*, in jeder einzelnen Frage notwendig, das gilt auch für die von der Monopol- und Finanzbourgeoisie verbreiteten Wissenschafts-„Dogmen“.

Hinter dem Schleier der Propaganda von der „infektiösen“ AIDS-Seuche: was die afrikanischen Volksmassen wirklich um Leib und Leben bringt

Die „Geißel“ der Menschheit, mit der die Volksmassen Afrikas um Gesundheit, Leib und Leben gebracht werden, ist nicht ein Virus, auch nicht Epidemien von Cholera, Malaria und Lepra, es ist die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung. Es sind – im Afrika des 21. Jahrhunderts – ähnliche Lebensbedingungen, wie sie der Kapitalismus in seiner frühen „Blütezeit“ in England Mitte des 19. Jahrhunderts hervorbrachte. Charles Dickens hat sie in seinem Roman „Oliver Twist“ beschrieben, Gerhard Hauptmann über die Zustände in Deutschland in seinem Roman „Die Weber“. Und Friedrich Engels, der Vorkämpfer des Revolutionären Kommunismus, in seinem Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“, 1847. Im „Vorwort zur 2. deutschen Ausgabe“ 1892 schreibt Engels: *„Die wiederholten Heimsuchungen durch Cholera, Typhus, Pocken und andre Epidemien haben dem britischen Bourgeois die dringende Notwendigkeit eingetrichtert, seine Städte gesund zu machen, falls er nicht mit Familie diesen Seuchen zum Opfer fallen will. Demgemäß sind die in diesem Buch beschriebenen schreiendsten Misstände heute beseitigt oder doch weniger auffällig gemacht. (...) Aber was heißt das? Ganze Bezirke, die ich 1844 noch als fast idyllisch schildern konnte, sind jetzt, mit dem Anwachsen der Städte, herabgefallen in denselben Stand des Verfalls, der Unwohnlichkeit, des Elends. Die Schweine und die Abfallhaufen duldet man freilich nicht mehr. Die Bourgeoisie hat weitere Fortschritte gemacht in der Kunst, das Unglück der Arbeiterklasse zu verbergen.*

Das aber, was die Arbeiterwohnungen angeht, kein wesentlicher Fortschritt stattgefunden hat, beweist vollauf der Bericht der königlichen Kommission „on the Housing of the Poor“ („über die Behausung der Armen“) 1885.“ (siehe

Marx-Engels-Werke, Bd. 22, S. 319)

Im Gegensatz zur Sklaverei ist die kapitalistische Produktionsweise nicht zwingend interessiert an der Erhaltung der Lebenskraft des/der einzelnen Arbeiter/in. Ihre Arbeitskraft ist Ware wie jede andere Ware auch und solange es die Klasse gibt, gibt es Nachschub daran. Das gilt im Weltmaßstab und besonders in Afrika mit hohen Geburtenraten, die das Zweibis Vierfache und mehr derjenigen in den heutigen imperialistischen Metropolen ist.

Die Kinder in England Mitte des 19. Jahrhunderts und erneut in den westlichen imperialistischen Metropolen zu Beginn des 20. Jahrhunderts und nach dem 1. Weltkrieg, zeigten massenhaft die typischen Symptome an Unterernährung und geschwächtem Allgemeinzustand, wie sie bei den Kindern – und vielen Erwachsenen – in Afrika seit 150 Jahren, aber eben bis heute, millionenfach weiterbestehen.

Bis in die 1980er Jahre hieß dieses allseits bei Medizinern, Forschern und Beschäftigten von Gesundheitseinrichtungen bekannte Phänomen das „PEM“, „Protein-Energie-Mangel-Syndrom“ oder auch die „slim disease“ („chronische Unterernährungskrankheit“). PEM zeigte und zeigt sich in zahllosen Krankheitsbildern mit und ohne bakterielle und Virus-bedingte Infektionen. Natürlich öffnet PEM großen Epidemien Tür und Tor. Ein völlig geschwächter Organismus hat kein funktionierendes Immunsystem mehr und erliegt umso schneller aggressiven Erregern wie denen von Cholera, Typhus, Malaria, Tuberkulose, Pocken, Lepra u.ä. . Aber auch ohne diese führte und führt PEM in vielen Fällen unaufhaltsam zum Tod - durch fortschreitenden Gewichtsverlust, chronische Durchfälle, andauernde Grippe- und Erkältungsbeschwerden mit wiederholten erschöpfenden Fieberphasen bis hin zu nicht heilenden Hautinfektionen und Hauttumoren verursacht durch Pilze,

Viren und Parasiten, und zu lebensbedrohlichen Blutbildveränderungen. All dies ist Zeichen einer geschädigten, zusammenbrechenden Immunabwehr. Die Propagandalügen der Monopolbourgeoisie und ihrer Finanzlakaien gehen viel tiefer ins Eingemachte als zunächst den Anschein hat. Und so gab und gibt es immer wieder auch einen nachweislichen Anstieg von Toten in Afrika und anderen Elendsgebieten nach Impfungen, mit denen den ohnehin geschwächten Kleinkindern die Wohltat „westlicher Entwicklungshilfe“ verabreicht wird in Gestalt von Massenimpfungen gegen Cholera, Typhus, Pocken, Lepra und andere Seuchen. Nach wie vor bedeuten Impfungen jedoch einen besonderen Stress für das Immunsystem, das gereizt wird und Antikörper bilden muss. Ihr Einsatz gehört also bei immungeschwächten Personen und besonders bei Säuglingen, deren Immunsystem sich überhaupt erst ausbilden muss, sorgfältig nach Nutzen und Risiken abzuwägen. Die Propaganda der Profitmaschinerie der Pharmaindustrie läuft gehässig in die entgegengesetzte Richtung: jegliche auch nur vorsichtige Besorgnis oder Kritik von mündigen Eltern oder besorgten Medizinern angesichts zahlreicher Beispiele schwerer Impfschäden bei Kleinkindern wird mit niederschmetternder Diffamierung der Kritiker als „Esoteriker“ und „wirklichkeitsfremden Phantasten“ abgetan, ja schlimmer noch: Ärzte, die naturheilkundliche und homöopathische Unterstützung des kindlichen Immunsystems befürworten, werden als „unverantwortliche Quacksalber“ aus der Gilde der „fortschrittlichen“ Mediziner exkommuniziert. Die Schärfe der Gegenattacke hat System: Es gibt nichts Profitträchtigeres für Pharmamonopole als Massenimpfungen. Das eingesetzte Kapital für die „Forschung“ amortisiert sich blitzartig und wirft enormen Extraprofit ab.

Zu dem erbärmlichen Gesundheitszustand der afrikanischen Volksmassen, insbesondere „südlich der Sahara“, trägt

ihre Entwurzelung und Vertreibung bei. Millionen leben in Flüchtlingslagern, hin- und hergetrieben über die Grenzen wie Freiwild, das der verschärften Einmischung der imperialistischen Staaten und den von ihnen finanzierten marodierenden Banden und „Armeen“ für die Monopolinteressen geopfert wird. Diese verstecken sich auch hinter „NATO-Friedenssicherungstruppen“, hinter „Humanitären Einsätzen“, und tarnen sich inzwischen sogar hinter „Hilfsorganisationen“. Hier ist inzwischen für jeden im „Hilfseinsatz“ tätigen Helfer, ob Ärzt/in, Krankenschwester oder Sozialarbeiter /in, seine/ihre ganz persönliche Antwort auf die Frage unausweichlich geworden: für wen bin ich hier tätig, in wessen Interesse? Und was mache ich hier eigentlich?

Wie kommen die Zahlen der „AIDS-Durchseuchung“ Afrikas zustande?

In diesem fremderzeugten Chaos steige die Zahl der AIDS-Kranken in einem unglaublichen Ausmaß laufend an, behauptet die WHO (Weltgesundheitsorganisation) und UNAIDS (Welt-AIDS-Stiftung). 23 Millionen Menschen seien gegenwärtig „HIV-positiv“ und 11 Millionen Waisen lebten dort alleine, nach dem Tod ihrer Mütter. Infizierte Mütter übertrügen das tödliche Virus bereits während der Schwangerschaft auf das Ungeborene. Größte Eile und Not sei geboten, zumindest den Schwangeren im Massenumfang endlich die bewährten Anti-AIDS-Medikamente zu verabreichen, um die Ausbreitung der Seuche auf die nächste Generation zumindest abzustoppen. Unglaublicherweise seien etliche Regierungen (wie z.B. die von Südafrika) dagegen, hier sehe man wieder, welch menschenverachtende Regime hier am Werk seien.

Trotz aller Panikmache und ungeachtet aller wirtschaftlichen und politischen Erpressungsversuche, das Terrain für die Pharmamonopole in Afrika ist noch immer nicht gesichert.

Obwohl seit dem Jahr 2000 harte Bandagen aufgefahren wurden, z.B. in Südafrika. Damals fand vom 9. bis 14. Juli 2000 in Durban die 13. UN-AIDS-Konferenz statt.

Hochst hatte im Vorfeld sogar angeboten, „seinen“ speziellen „Anti-AIDS“-Medikamenten-Cocktail für 5 Jahre kostenlos zu liefern. Jedoch, der südafrikanische Staatspräsident Mbeki lehnte ab. In der Weltpresse ergoss sich daraufhin eine Flut von Schmähungen und Brandreden über ihn und seine Gesundheitsministerin, die WHO zettelte verstärkt AIDS-Bluttests an, um den Druck zu erhöhen. In diesen ergaben sich „Bestätigungen“ für die zuvor verbreiteten Horrorzahlen der AIDS-Durchseuchung in Südafrika. Das war auch kein Wunder, da wir nun wissen, dass bei den zum Einsatz gebrachten Bluttests nur mehr eine geringe Zahl an Antikörpern ausreichte, um die Testperson als „HIV-positiv“ zu deklarieren. Ein Kontakt etwa mit Tuberkulose-Erregern oder eine überstandene frühere Infektion mit Mikroben (Bakterien, Viren, Pilzen, Parasiten) bleibt im Blut in Gestalt von Antikörpern, die das Immunsystem dagegen gebildet hat, nachweisbar und führt in Afrika automatisch zur Diagnose „HIV-positiv“.

Hier müssen wir nun in die Abgründe der monopolkapitalistischen Forschung hinabsteigen. Mbeki hatte Monate vor der AIDS-Konferenz Wissenschaftler und Forscher der gängigen AIDS-Medizin und Zellforschung, aber auch deren Kritiker und „Dissidenten“ zu einem breiten Diskurs eingeladen. Er vertrat nämlich, dass es nicht an einem Virus liegen könne, vielmehr, dass die verbreitete Gesundheits- und Immunschwäche der afrikanischen Bevölkerung die Konsequenz von Armut und Unterdrückung, von Alkohol- und Drogenkonsum als Ausdruck der Verelendung und von unwürdigen Arbeits- und Wohnverhältnissen sei, wie sie z.B. in den von Monopolen betriebenen Diamantbergwerken und

Goldminen herrschten (alles Bedingungen, zu deren Verbesserung die südafrikanische Regierung seit ihrem Antritt 1993 nichts beiträgt, womit sie die Ziele des jahrzehntelangen Befreiungskampfs des Volkes verrät und heute als treue Agentur des südafrikanischen Monopol- und Finanzkapitals fungiert.)

Die Wahrheit ist: Es gibt eine erworbene Immunschwäche, aber es gibt kein „HIV“-Virus!

Unter den Beratern der südafrikanischen Regierung waren einige namhafte internationale Zellforscher, Mikrobiologen und Mediziner, die seit 25 Jahren mit Zähnen und Klauen von der Pharmaindustrie bekämpft, geschmäht und bis hin zum Berufsverbot aus der von ihnen finanzierten, ausschließlich an ihren Monopolinteressen ausgerichteten AIDS-Forschung ferngehalten werden.

Es sind scharfe Kritiker der Lügegebäude um HIV (engl. human immunodeficiency virus) und AIDS wie der deutsche Prof. Dr. Heinrich Kremer, der mit seinem 2006 erschienenen Buch „Die stille Revolution der Krebs- und AIDS-Medizin“ aufgedeckt hat, dass es kein „HIV-Virus“ gibt und schon gar nicht ist es die Ursache von AIDS! Es gibt das vielgestaltige Krankheitsbild einer „erworbenen Immunschwäche“ (AID = acquired immune deficiency), ja, aber es ist niemals ein sogenanntes „HIV“-Virus wissenschaftlich isoliert und nachgewiesen worden und AIDS ist nicht ansteckend!

Forschung im Zangengriff des Finanzkapitals

Wie aber war es möglich, dass der gesamten wissenschaftlichen Fachwelt eine Chimäre untergejubelt werden konnte? Wir erinnern uns an Oktober 2008, als den französischen Forschern Luc Montagnier und seiner Mitarbeiterin Barré-Sinoussi der Nobelpreis für die „HIV“-Entdeckung verliehen wurde. In der Begründung des Nobelpreis-Komitees allerdings tauchte eine Bemerkung auf,

die in der bürgerlichen Presse eher unterging: mit der Verleihung dieses Preises verbände das Komitee die Hoffnung, dass endlich die Gerüchte gegen diese wissenschaftliche Großtat verstummen mögen.... Man muss offensichtlich Wichtiges damit bezwecken, wenn man diese Schützenhilfe, immerhin erst 25 Jahre nach der eigentlichen „Entdeckung“, nun nobelpreislich dekoriert, um die Chimäre am Leben zu erhalten. Übrigens zeigt eine Verfolgung der Nobelpreise der letzten Jahrzehnte und wofür sie erteilt wurden, dass das Nobelpreiskomitee und sein Kapitalfond, den es im Auftrag der Finanzbourgeoisie verwaltet und zuteilt, immer mehr zu einer Speerspitze der Monopolinteressen geworden ist. Hier geht es heute direkter und unverblümter als je zuvor um unmittelbare Kapitalverwertung, in bezug auf sämtliche Fachgebiete wissenschaftlicher Erkenntnisse, und das sogar dann, wenn diese „Erkenntnisse“ nach ihren eigenen Kriterien auf unwissenschaftliche Weise zustande gekommen sind.

Wieso ist es möglich, dass die gesamte Forschergemeinde weltweit mit ihren Hauptprotagonisten und ihrer gängigen Meinung, wider besseres Wissen, noch immer diese Chimäre verbreiten?

10.000 Forscher sind es, so schätzt man, die heute weltweit in diesem Geschäft tätig sind und an profitträchtigen neuen Massen-Medikamenten und Massen-Impfungen basteln. Und wohlgemerkt, wir sprechen hier nur von der sog. AIDS-Forschung. Nicht auszudenken, was geschähe, wenn sich die Erkenntnis durchsetzte, dass es gar kein HIV-Virus gibt.

Insbesondere in den unterdrückten Ländern in Afrika und anderswo geht allerdings das üble Spiel von – immer wieder tödlich verlaufenden - Menschenversuchen mit neuen Giftmitteln weiter: so in Ghana, Botswana und Thailand, wobei sich die

grossen Pharmamonopole direkt der staatlichen Gesundheits- und Seuchenbehörden als Ausführungsorgane bedienen. Allen voran agiert hier weiter die US-Behörde *Center for Disease Control and Prevention (CDC)*, die seit 2005 einen Grossversuch mit Tenofovir an 1.600 Drogenkranken in Thailand laufen hat, trotz massiver Proteste von Mitarbeitern einiger „Hilfsorganisationen“.

Unter ihnen mehren sich die gegnerischen Stimmen von Ärzten und medizinischem Personal sowie „Entwicklungshelfern“, v.a. in Afrika, dass es unverantwortlich ist, bei den nachgewiesenen toxischen Wirkungen diese Chemogifte auch noch an Schwangere zu verabreichen, die die Gifte über die Muttermilch an den Säugling weitergeben, dessen Immunsystem noch gar nicht ausgebildet ist, was zu irreparablen, wenn nicht tödlichen Schäden führt. Aber als ob das nicht schon zahlreich in Studien bewiesen worden wäre, führt die Universität (!) von Bordeaux in Frankreich dazu (wie wohl?) finanzierte klinische Tests an Schwangeren in Abidjan, Elfenbeinküste durch, um zu widerlegen, dass die Chemotherapie in die Muttermilch geht!

Aber es sind nicht nur die großen Monopole; ihre staatlichen Gesundheitsbehörden, die vom Finanzkapital finanzierte „WHO“ und „Welt-AIDS-Stiftung“ sowie deren „nationale“ Ableger und manche ach so „frei“ forschenden Universitätseinrichtungen, die an der imperialistischen AIDS-Profitmaschine mitverdienen.

Im Schlepptau der Goldgräberstimmung rund um die Anti-„HIV“- und AIDS-Industrie sind seit Erfindung des „HIV“-Virus zahlreiche kleine und mittlere Pharmakonzerne, raschen Profit riechend, auf den Plan getreten und bedienen sich für die Testung neuer Medikamente, d.h. für grobfahrlässige schwere Körperverletzung durch gefährliche Menschenversuche, verstärkt der Kollaboration sog. „sozialer Hilfsdienste“.

Es wird höchste Zeit, dass Ärzt/

innen, Krankenpfleger/innen, Sozialarbeiter/innen etc. die imperialistische AIDS-Propaganda enttarnen, überall solche Menschenversuche aktiv aufdecken und eine Front dagegen aufbauen: sie müssen verhindert werden!

Die Beschäftigten an Forschungslabors, an Universitäten, Spitälern, Hilfs- und Sozialeinrichtungen, in AIDS-Hilfegruppen – sie alle und jede(r) einzelne müssen begreifen, dass er/sie am Scheideweg steht: Entweder sich zu Kollaborateuren der imperialistischen Profitmacherei, Ausbeutung und Unterdrückung machen zu lassen, und zwar ganz gleich, ob er/sie individuell einem erst gemeinten humanitären Anspruch folgend etwas „Gutes“ für die stigmatisierten AIDS-Kranken und sog. „HIV-Positiven“ und für die elenden Massen in Afrika tun will. Oder sich auf die proletarische Seite schlagen! Eine revolutionäre Sicht des Kampfs gemeinsam mit der internationalen Arbeiter/innen-Klasse einnehmen und der imperialistischen Lügenpropaganda, der monopolkapitalistischen Profitgier und der bis in die persönliche Intimsphäre der Menschen vordringenden Unterdrückung durch den imperialistischen Staat und die reaktionäre Kirche entgegentreten!

Eine Heilung der Immunschwäche-Erkrankungen ist möglich: durch das Immunsystem wieder aufbauende und stärkende Naturstofftherapien, durch vitalstoffreiche Ernährung, sauberes Trinkwasser, hygienische Wohnverhältnisse, weniger belastete Umwelt- und Arbeitsbedingungen, ausreichende Erholung und aufbauende soziale Beziehungen. Dieser Kampf ist ein umfassender, denn es geht um nichts weniger als das Überleben der Arbeiter/innen-Klasse und der unterdrückten Volksmassen. Was zeigt deutlicher, dass die Bedingungen herangereift sind für eine wirkliche Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die proletarische Revolution.

Die Ursachen der gegenwärtigen Massenproteste im Iran, deren Inhalt und Perspektive¹

Vorwort

In der sehr ernsten Lage, in der sich der Iran derzeit befindet, verschärfen sich Spannungen und Widersprüche innerhalb des herrschenden Systems, das ein rein kapitalistisches ist, auf eine Weise, wie es bisher noch nicht der Fall war, und davon werden alle Bereiche erfasst: die Wirtschaft, die Gesellschaft, das Denken und die Vorstellungen der Menschen. Diese Krise fördert und prägt wiederum Konflikte im Herrschaftsapparat selbst. Die Unzufriedenheit an der Basis ist aber letzten Endes die Folge von Unterdrückung und Erniedrigung, die die Leute in einem System erleiden, in dem sie seit dreißig Jahren zu leben gezwungen sind. Der Anlass der Massenbewegung war zwar der Protest gegen den vermuteten Wahlbetrug, aber seine Wurzeln hat er in den Kämpfen der Arbeiter, Frauen und Jugendlichen, die mit verschiedensten Methoden und aus unterschiedlichsten Anlässen immer wieder an das Regime ihre Forderungen nach Freiheit und Gleichheit gerichtet haben.

Von den verschiedenen, gegeneinander agierenden Fraktionen der herrschenden Klasse, die durch die notwendig gewordenen Kämpfe der vergangenen Jahre in Zugzwang geraten sind, setzt nun die Moussawi-Fraktion auf eine besondere Strategie. Der spektakuläre Charakter des Wahlkampfes wird beträchtlich erweitert, die Energien der Massen, die sich befreien wollen, werden durch dieses Wahlspektakel und dessen Scheinpluralismus abgelenkt und an die Interessen des Regimes gebunden, in seine Dynamik integriert. Damit versucht diese Fraktion, ihre Position innerhalb des Systems zu sichern.

Jede Fraktion, so auch diese, will im Rahmen dieser systemimmanenten Kämpfe ihren Anteil an der Wirtschaftsmacht des Landes vergrößern, gleichermaßen hat im Interesse aller Fraktionen eine Stabilisierung des instabil geworden Systems zu erfolgen, und ihm muss auf nationaler wie internationaler Ebene eine neue Legitimität verschafft werden. Gegenüber den internationalen Finanzgruppen muss es als verlässlicher und berechenbarer Partner auftreten können, die Voraussetzung für eine funktionierende Partnerschaft.

Die Legitimierung durch die hohe Wahlbeteiligung wird das Regime in Zukunft ohne Zweifel gegen Streik- und Protestbewegungen einsetzen.

Die Ursachen der gegenwärtigen Massenproteste

Die Islamische Republik Iran erfüllt seine Rolle als Garant und Verteidiger der Interessen des Kapitals aus, aber dies impliziert auch einen enormen Aufwand bei der Bekämpfung der ständigen Krisen. Die iranische Wirtschaft ist ein integraler Bestandteil des weltweiten kapitalistischen Systems und voll und ganz dessen Regeln und Gesetzen sowie der internationalen Arbeitsteilung unterworfen. Daher hat in sämtlichen Bereichen der Produktion den Bedürfnissen des Kapitals nach Profit und Mehrwert entsprochen zu werden. Es gibt keine Ausnahmen und daher auch keine „antiimperialistischen“ Freiräume.

Bereits 1990 erfolgte unter der Präsidentschaft von Rafsandjani im Zuge des sogenannten „Aufbaus“ nach dem Iran-Irak-Krieg eine wirtschaftspolitische Neuorientierung. Es wurde ein Prozess der Zerschlagung und

Privatisierung der Betriebe und Infrastruktur in Gang gesetzt, Interessenten fanden sich im In- wie im Ausland. Auf dem Wege dieser „Reformen“, wie sie damals im internationalen Gleichklang genannt wurden, konnten die Profite enorm gesteigert werden. Hand in Hand damit ging eine deutlich zunehmende Verarmung, Arbeitslosigkeit und Prekarisierung einher. Bis dato geltende Kollektivverträge wurden außer Kraft gesetzt, im Zuge des Ausverkaufs an Private wurden unzählige Arbeiter entlassen und standen ohne geringste materielle Sicherheit auf der Straße.

Von diesen Privatisierungen profitierten in erster Linie die Manager der früheren Staatsbetriebe, denen es gelang, sich maßlos zu bereichern. Damit entstand eine neue Wirtschaftselite. Heute werden die wesentlichen Positionen im Machtapparat von Personen eingenommen, die entweder aus dieser neuen Wirtschaftse-

lite stammen oder von solchen, die deren Interessen vertreten. Die Privatisierungsgewinnler und deren Vertreter sitzen heute in den Steuerungsgremien der Macht.

Zur fügenlosen Anpassung an das internationale System und im Besonderen an die Forderungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wurde schließlich im Jahre 2004 sogar Art. 44 der Verfassung, mit dem das staatliche Eigentum an Schlüsselbereichen der Wirtschaft garantiert war, außer Kraft gesetzt. Dies geschah durch ein Dekret Khameneis, mit dem festgelegt wurde, dass etwa 80 % des staatlichen Sektors zu privatisieren sei.

Dieser Prozess, der unter Rafsandjani seinen Anfang nahm, wurde konsequent unter Khatami und schließlich Ahmadinejad fortgesetzt. Speerspitzen dieser Entwicklung waren die Liberalisierung des Außenhandels und die Einrichtung

von Sonderwirtschaftszonen. In diesem Bereich wurden weitere ungeheure Profite realisiert. Die ultraliberalistischsten internationalen Tendenzen wurden im Lande umgesetzt und mitvollzogen.

Diese schiefe Entwicklung basiert auf einem extrem einseitigen Wirtschaftssystem, dessen Einkünfte zum allergrößten Teil aus dem Export von Erdöl und Erdgas stammen, das aber auch riesige Grauzonen der Schattenwirtschaft und insbesondere des Drogenhandels umfasst. Letzteres hat nicht bloß wirtschaftliche Bedeutung. Der Staat duldet und fördert die Drogenindustrie mit dem Ziel, die Bevölkerung zu entpolitisieren und stillzuhalten. Diejenigen, die die Kontrolle über die letztgenannten Wirtschaftsbereiche innehaben, werden im Volksmund „neue Prinzen“ genannt. Sämtliche Funktionsträger an der Spitze des Staates sind in dieses Fäulnisssystem involviert, was so weit geht, dass bei Fernsehdebatten vor den Wahlen Spitzenpolitiker wie Ahmadinejad und Moussawi einander die schonungslosesten und schärfsten Korruptionsvorwürfe machen.

Eine weitere wirtschaftliche Basis der politischen Macht des Regimes stellen die riesigen Finanzholdings dar, deren Funktionäre schnell und unkompliziert Zugang zu staatlichen Aufträgen erlangen. Dadurch sind die Marktchancen dieser Holdings gesichert. Hier reißt aber Korruption im allergrößten Ausmaß ein. Denn eingegangene Zahlungsverpflichtungen werden in vielen Fällen schlichtweg umgangen, und das wird von staatlicher Seite dann gedeckt, wenn eine politische Bestechung in Form von Ersatzzahlungen an religiöse Stiftungen geleistet wird.

Die größten Stiftungen sind: **Nur, Astane Razavi, Mostafafan** („Die Entrechteten“) und **Djanbazan** („Märtyrer“). Sie

haben die wichtigsten Wirtschaftssektoren in ihrer Hand. Dazu gehören unter anderem Großfirmen wie Iran Khodroo und die Busfabrik Saipa, die gleichzeitig als verlängerte Werkbank von Peugeot, Citroën und Renault dienen.

Schließlich die Spekulationsbranche, die mit dem Bausektor verbunden ist. Hier wird mit dem rasant angestiegenen Bedürfnis nach Wohnraum Geschäft gemacht, abgezielt wird auf die Ersparnisse der kleinen Leute. Zahlreiche Projekte enden mit dem Bankrott von Finanzinstitutionen. Auch dagegen gehen die Leute auf die Straße.

Die Landwirtschaft befindet sich im Würgegriff einiger Großhändler. Es wird ohne Rücksicht auf die bereits entwickelte nationale Produktion zu billigen Preisen importiert. Die wichtigsten Güter, die davon betroffen sind: Getreide, Baumwolle, Zucker und Kartoffeln. Dies in einem Land, das seit jeher eine hochdifferenzierte Landwirtschaft vorzuweisen hat. Durch die Billigimporte werden viele Bauern und LandarbeiterInnen in den Ruin getrieben. So berichtete heuer der Vorsitzende der Teearbeitergewerkschaft Chai-e Shomal in der nordiranischen Provinz Gilan, dass aufgrund der Billigimporte 83% der aus eigener Produktion stammenden Bestände auf Lager geblieben seien. Dies hat wiederum zahlreiche Protestaktionen in Form von Sitz- und Straßenblockaden sowie Massenprotesten zur Folge.

Die Großimporteure nehmen mit Hilfe einer staatlichen Garantie Kredite bei ausländischen Banken auf. Die dadurch boomende Kreditwirtschaft sorgt für ergiebige Profite für „inländische“ Vermittler und Wirtschaftsberater, die damit zu einer wichtigen Komponente einer neuen administrativen Bourgeoisie werden. Die hohen Zinsen, die dabei anfallen,

werden auf die verschärfte Ausbeutung der Arbeitskräfte umgelegt, in vielen Fällen finden Massenentlassungen statt.

Das Land verschuldet sich zusehends, und die Erträge seiner Monokultur werden politisch zweckentfremdet. Dem Economist zufolge beliefen sich die Auslandsschulden im vergangenen Jahr auf 31 Milliarden \$. Ein beträchtlicher Teil der Erträge aus dem Export von Erdöl und Erdgas sowie der Ausbeutung der Bodenschätze wird für die militärische und paramilitärische (Basiji) Aufstandsbekämpfung wie auch für Einrichtungen, welche die religiöse Verblendung der Massen aufrechterhalten und fördern, verwendet. Die Einkünfte aus dem Erdöl werden also für die Repression eingesetzt.

Im Gegensatz dazu wird nur ein geringer Teil der Erdöl- und Erdgaseinnahmen für Sozialausgaben, Bildung und Erziehung, und medizinische Versorgung der Bevölkerung verwendet.

Auf diese Weise wird die Schere zwischen Reich und Arm immer größer, was unweigerlich immer wieder zu Massenprotesten führen muss, durch die wiederum die Konflikte zwischen den Fraktionsinteressen des Herrschaftsapparates intensiviert werden.

All die einseitige Aufgeregtheit um den Wahlbetrug ist nichts als ein groß angelegtes Manöver, das von dem sich immer mehr verschärfenden Widerspruch zwischen den Interessen der Lohnabhängigen und der international gesteuerten und völlig abhängigen Kapitalistenklasse abzulenken hat. Durch die Taktik der Ablenkung durch die Fraktionsinteressen werden die eigentlichen Forderungen, die den Menschen am Herzen liegen, nämlich die nach Arbeit, Wohnungen und politischen Freiheiten, an den Rand gedrängt.

Die heutigen politischen Verhältnisse im Iran sind eine zwingende Folge der Wirtschaftsstrukturen, und daraus erklärt sich wiederum die Notwendigkeit, die auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse diktatorisch verfassten Institutionen des Staates durch ein riesiges Arsenal von Polizei, Militär und Paramilitärs zu schützen. Sämtliche Herrschaftsfraktionen sind, entsprechend ihrem politischen Machtanteil, am wirtschaftlichen Gesamtkuchen beteiligt, die Veränderungen der Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Fraktionen im Streit um Machtpositionen ziehen unweigerlich Veränderungen der Konflikte im Innern des Machtgefüges nach sich. Derzeit verschieben sich die politischen Gewichtungen zwischen dem Flügel um Rafsandjani, Moussawi und Karrubi auf der einen Seite und dem um Khamenei und Ahmadinejad. Insbesondere die Gruppe um Ahmadinejad möchte die Wirtschaftsmacht des unbestreitbar größten wirtschaftlichen Macht-Pols, jenem um Rafsandjani, deutliche Grenzen setzen und Teile davon für die eigenen Interessen verwenden, insbesondere für kurzfristige populistische Verteilungsmaßnahmen an die eigene, ständig zu bedienende Klientel.

Der Kampf um Einflussbereiche wird von den Akteuren dieses Spiels mit einem zurechtgezimmerten islamistischen Ideologierüst zu erklären und zu vertuschen versucht. So sagt Moussawi in seinem 5. Communiqué, das eine Anhäufung von demagogischen und illusionären Vorstellungen bietet: *„Die Botschaft der wahren islamischen Revolution hat euch in Bewegung gesetzt. Das ist das Erbe, mit dem der weitblickende Geist des Imam Khomeini euch mit Freude und Schwung auf die Straßen gehen ließ.“* Das Reformkonzept à la Moussawi besteht in der *„Rückkehr zur wahren Quelle der islamischen Revolution“* und er ruft

auf zur *„islamischen Revolution, wie sie war und wie sie sein soll.“*

Die iranischen Machthaber und ihr Propagandaapparat in In- und Ausland versuchen, diese *„Wahl“* der internationalen Öffentlichkeit als zentrales Anliegen der Menschen in ihrem Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit zu verkaufen.

Man kann bis ins Detail nachweisen, dass keine einzige der Kandidaturen der letzten 30 Jahre das Resultat von Entscheidungen war, die an der Basis fielen, sie waren stets von oben vorbestimmt und vororganisiert. Die Selektion und Approbation eines jeglichen Kandidaten, der sich in diesem System behaupten will, hat durch den Wächterrat und velayat-e faqi (die oberste geistliche Führung) zu erfolgen.

Was jetzt unter der Losung der *„Grünen Bewegung“* läuft, ist nichts anderes als ein Versuch der Machthaber, im Verbund mit den imperialistischen Massenmedien die periodisch auftretenden Eruptionen des Massenunwillens ganz im Sinne der reaktionären Interessen der iranischen Machthaber sowie der neokolonialen Interessen der Imperialisten niederzuhalten und womöglich wieder einmal gänzlich zum Schweigen zu bringen.

Inhalt und Perspektiven der gegenwärtigen Massenproteste

Wir müssen uns darüber klar werden, und dies gegen die in der derzeitigen Protestbewegung vorherrschende Meinung, dass es sich nicht um eine Auseinandersetzung zwischen einem *„kleineren“* und einem *„größeren“* Übel handelt, sondern dass hier nichts anderes stattfindet als ein Konkurrieren zwischen verschiedenen Eigeninteressen von Gruppierungen innerhalb der kapitalistischen Klasse (Bürgerklasse), die jeweils mit unterschiedlichen Konzepten auftreten, mit denen sie die

Gesamtherrschaft der Islamischen Republik weitertreiben wollen.

Während der letzten dreißig Jahre hat es ständig vergleichbare Auseinandersetzungen gegeben, die aber, da sie stets strikt innerhalb des Systems geblieben sind, letztlich nach Erreichen eines Kompromisses das System und die alle Varianten zusammenfassende Einheit des Systems wiederum stabilisiert haben.

An einer Reihe von Appellen und Drohungen kann man das Beharren auf Wahrung der Einheit ziemlich deutlich ablesen.

So warnt Khamenei in seinem Freitagsgebet vom 19. Juni 2009: *„Der Konflikt zwischen der Bevölkerung und der Islamischen Republik unterscheidet sich wesentlich von dem innerhalb des Regimes“* und er meint, an die Rafsandjani-Moussawi-Clique gerichtet: *„Wenn der Straßenradikalismus außer Kontrolle gerät, dann können weder Sie noch wir das kontrollieren. Die Differenzen müssen durch das Gesetz und im Sinne des Systems gelöst werden.“* In entsprechender Weise haben sich auch der Generalstaatsanwalt Dari Nadjafabadi und der (inzwischen zurückgetretene) Informationsminister Ejehi geäußert.

Und was sagt Moussawi in seinem 9. Communiqué, das zur gleichen Zeit veröffentlicht wurde? Er ruft die Bevölkerung zu einem *„Grünen Schweigen“* auf. Diejenigen, die gegen den Strom schwimmen, bezeichnet er als *„Strukturzerstörer“*, und er empfiehlt den Behörden, dass sie sich *„den Weg zur Korrektur ihrer Fehler nicht verbauen sollen. Denn sonst wird die Strukturzerstörung als einzige Alternative verbleiben, und das wäre eine sehr gefährliche Alternative, für die wir dann alle zahlen müssen. Das müssen wir alle konsequent bekämpfen.“*

Die unterschiedlichen Machtbereiche des Regimes und ihre jeweiligen Anhänger haben sich von Beginn der Bewegung an bemüht, die Proteste zu kontrollieren und einzudämmen. Die Protestbewegung wird vom Regime bis ins Einzelne beobachtet und durchleuchtet, und eine jede Meinung, die sich außerhalb des Rahmens des Systems befindet, wird zensuriert. Wenn jemand also über die festgesetzte, gegen Wahlmanipulation gerichtete Losung mit einer Forderung, die sich gegen das islamische System richtet, hinausgeht, wird er sofort mundtot gemacht, und dies wird auch auf den allermeisten Protestkundgebungen im Ausland, in die der lange Arm des Regimes hineinreicht, praktiziert. Forderungen nach Beseitigung des Systems dürfen nicht hochkommen, auch nicht bei Demonstrationen im Ausland. So geschieht es regelmäßig bei Kundgebungen etwa in Wien, dass unabhängige, nicht gesteuerte Äußerungen von Protest und Widerstand unterbunden werden.

Im Ausland haben insbesondere die Tudeh-Partei und die Organisation Fedayin-Mehrheit diese Polizei- und Kontrollfunktion übertragen bekommen, wobei sie sich mit den unterschiedlichen Fraktionen im Iran, mit denen sie in Verbindung stehen, abstimmen. Sie werden dadurch eindeutig zu Spionen der iranischen Diktatur. Zusätzlich taucht in zahlreichen dieser Szenarien jetzt eine sehr breite, bis dato unbekannt Schicht von opportunistischen Mittelsmännern auf, die, als Vertreter ihrer wirtschaftlichen Interessen vor Ort, zwischen den Fraktionen lavieren. Die „Partei des Windes“ werden sie genannt.

Dieses Verhalten erinnert an die widerliche und heuchlerische Art der iranischen Hezbollah (Partei des Gottes; Schlägertrupps der Khomeini-Clique) noch vor der Machtergreifung

Khomeinis, als sie, während der großen Massenmobilisierungen in den Jahren 1977 bis 1979, ständig versuchten, alle anderen Positionen niederzustimmen und die Forderungen nach grundsätzlichen und radikalen Auseinandersetzungen auf die Zeit nach dem Sturz des Schah zu verschieben. Und trotzdem gab es in der Vergangenheit und gibt es in der Gegenwart fortschrittliche und kämpferische Kräfte, die darauf beharren, der Bevölkerung die Notwendigkeit einer radikalen Veränderung der Gesellschaft nahezubringen und die weiterführende Richtung des Kampfes vorzuentwerfen. Innerhalb dieser wenigen intensiven Monate, in denen ja auch die angestauten Erfahrungen der vergangenen Jahre zum Ausdruck gekommen sind, hat die Bevölkerung viel gelernt. Die positive Seite der meisten politischen Krisen besteht nicht nur darin, dass aller Dreck und aller Unrat der Herrschenden offenbar wird, sondern auch darin, dass alle, ob reformerischen oder revolutionären Kräfte, gezwungen werden, sich zu positionieren.

In einer so bedeutenden und sensiblen historischen Phase wird es klar, wer Freund und wer Feind des iranischen Volkes ist. Jetzt wird es sich zeigen, ob die Substanz ihrer Programme und ihre Aktivitäten einer Klassenanalyse standhalten werden. Es hat sich während der letzten dreißig Jahre immer wieder von neuem bestätigt, dass das Wesen einer jeden Bewegung und ihr Klassencharakter in erster Linie am Programm und an der bedingungslosen Klassenorientierung ihrer Führung zu messen ist. Demgegenüber kann der rein quantitative Aspekt einer Massenbewegung keine ausschlaggebende Rolle spielen.

Es ist eine Tatsache, dass die jetzige Bewegung von einem Teil des Establishments geführt wird: der Clique um Rafsandjani, Karrubi und ihren Volkshel-

den Moussawi; weniger, und das nicht ohne Grund, ist der Öffentlichkeit bekannt, dass die systemaffirmative Mobilisierung dieser pseudorebellischen Clique im Ausland durch die drei Organisationen Tudeh-Partei, Fedayin-Mehrheit und die Nationalen Islamisten² unter der Losung der „Grünen Welle“ betrieben werden, und zwar im Sinne des iranischen Regimes.

Zur präventiven Vernichtung einer potenziellen Befreiungsbewegung dienten in den Jahren 1979/80 sowohl die demagogischen Losungen Khomeinis des Aufbaus eines „Staates der Entrechteten“ (der bis heute nicht realisiert wurde), als auch, in linken Kreisen weniger bekannt, die ursprüngliche Förderung der islamischen Option durch die wichtigsten imperialistischen Staaten USA, Deutschland, Frankreich, Italien usw. auf der Konferenz von Gouadeloupe im Jahre 1979, wo grünes Licht für Khomeini gegeben wurde. Hauptziel der damaligen imperialistischen Strategie war die präventive Verhinderung der Ausbreitung des Kommunismus. Der Imperialismus hatte also, und das wird in den meisten Analysen verschwiegen, eine politische Initialfunktion für das bis heute fortbestehende Regime.

So wie Khomeini damals die Mehrheit der oppositionellen Bevölkerung zu betören versuchte, so versuchen heute die Schein-Alternativen des Regimes mit ihren grünen Fahnen die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit und Gleichheit wieder einmal zu betrügen und ihnen eine samtene, also kapitalistische Revolution aufzuzwingen.

Erstaunlicherweise haben in sämtlichen imperialistischen Massenmedien mit einem Mal Menschenrechtsverletzungen, Hinrichtungen, Steinigungen und sexuelle Apartheid ihren Platz gefunden, plötzlich ist der Iran ein großes Gefäng-

nis, und es gibt keinerlei demokratische Rechte für seine Bevölkerung. Gleichzeitig wird Moussawi als Führer der Opposition gepriesen und hochgejubelt. Dieser „Oppositionelle“ war von 1981 bis 1987 Ministerpräsident. Unter seiner Regierung wurden im Rahmen von ununterbrochenen Verfolgungswellen auf den Straßen des Iran unzählige Menschen gejagt und liquidiert. Er war einer der wichtigsten Antreiber der sogenannten Kulturrevolution 1981 bis 1983, unmittelbar nach der „Revolution“, in deren Namen hunderte linke StudentInnen ermordet wurden. 1987 schließlich wurden tausende politische Gefangene unter dem Ministerpräsidenten Moussawi in den iranischen Gefängnissen ermordet.

Damals war er Mitglied eines der obersten Steuerungsgremien des Landes, des Schlichtungsrates, der die Aufgabe hat, zwischen Parlament und Wächterrat zu vermitteln, und heute ist er noch immer Mitglied des Wächterrats. Die meisten der damaligen Fanatiker und Mörder, die unter anderem für den Aufbau des berüchtigten „Sicherheits- und Informationsministeriums“ verantwortlich waren, wie z.B. Bahram Sasegara, Agha Djari oder Akbar Gandji, sind heute zu systemerhaltenden „Reformern“ mutiert.

Die historische Erfahrung der Befreiungsbewegungen im 20. Jahrhundert und die des 1. Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts haben bewiesen, dass Freiheit und Gleichheit gegen die Herrschaft des Kapitals erkämpft werden müssen. Die unterdrückten Massen müssen ihre Forderungen genau formulieren und sich des Inhalts ihrer Forderungen genau bewusst sein.

Die jeweilige spezifische Dynamik der Bewegungen muss genau analysiert und ausgewertet werden, und es müssen Verbindungen geschaffen werden zwischen den jeweiligen

unterschiedlichen Dynamiken. All dies muss mit einer Strategie einer sozialen Revolution Hand in Hand gehen.

Es muss aber die traurige Wahrheit gesagt werden, dass das Gros der Einzelforderungen der derzeitigen Bewegung durch bürgerlich-imperialistische Vorstellungen geprägt ist, und dass die Widersprüche zwischen dem Volk und der Herrschaft und die innerhalb des Herrschaftsapparats ineinander verzahnt sind, was erheblich zur Schwächung der Bewegung beiträgt. Dadurch dass die Bewegung über keine systematische Zielsetzung und über keine eigene revolutionäre Organisation verfügt, gibt sie der herrschenden Klasse freie Hand für ihre Zusammenarbeit mit den am Rande des Regimes operierenden Kräften wie der Tudeh-Partei, der Fedayin-Mehrheit und den Nationalen Islamisten, die ihre eigenen Modelle der Bewegung aufzwingen wollen und im Großen und Ganzen nichts anderes sind als die moderate, den neuen globalen Machtverhältnissen angepasste Variante der politischen Herrschaft.

Aber die Menschen gehen mit der Absicht, die bestehende Situation zu verändern auf die Straße, auch wenn ihnen noch nicht bewusst ist, was sie suchen. Ein klares Programm und eine klare Perspektive sind nicht zu sehen. Die illusionslose Wahrheit des Ist-Zustands ist an der Zusammensetzung der Kräfte zu sehen, von denen die Bewegung gesteuert wird. Die Steuerung der Bewegung kommt jedoch immer wieder in Widerspruch mit der Eigendynamik derselben, und mit den Erfahrungen der vergangenen Kämpfe. Die Menschen lehnen instinktiv das bestehende Regime ab, aber ihre Vorschläge bewegen sich nach wie vor innerhalb des engen Rahmens der Fraktionskämpfe, wie auch anderer bürgerlicher Optionen außerhalb des islamischen Spektrums, etwa

denen der Monarchisten, die auf den Protesten ihr eigenes Süppchen kochen wollen.³ Mit derlei Verhalten und dem Fehlen eines ausgearbeiteten Plans kann man natürlich nicht die notwendigen Ziele einer Initialphase einer Revolution bestreiten, und dazu gehören der Sturz der Islamischen Republik des Iran und die Errichtung der Volksmacht.

Es ist die unbedingte Aufgabe einer jeden kommunistischen und linken Organisation unter Berücksichtigung der kommunistischen und ArbeiterInnenbewegung sowie aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des Landes, insbesondere die wertvollen, positiven wie auch negativen Erfahrungen der revolutionären Bewegung in den Jahren 1977 bis 1980 zu analysieren, die trotz ungeheurer Anstrengungen und Opfer letztlich wieder zur Erneuerung der kapitalistischen Herrschaft durch die Ersetzung der Schah- durch die Khomeiniregime geführt hat.

Und nie darf vergessen werden, dass alle Errungenschaften des Februaraufstandes 1979 wieder vernichtet wurden, dass Tausende KommunistInnen und RevolutionärInnen ermordet wurden und dass alle ArbeiterInnenorganisationen liquidiert wurden.

Es ist eine grausame Ironie der Geschichte, dass all dies unter der Ägide des Herrn Moussawi geschah, und es darf auch nicht vergessen werden, dass unter der acht Jahre lang währenden Regierung unter dem sogenannten Reformen Khatami, die durchaus als eine Vorgängerphase der heutigen Moussawi-Option einzustufen ist, in denjenigen Situationen, in denen es galt, gegenüber der Protestbewegung das System zu festigen, von Khatami, Hand in Hand mit Rafsandjani und Khamenei, keine Gewaltmaßnahme gescheut wurde und hunderte Menschen in der

Folge des großen StudentInnen- und Volksaufstandes umgebracht wurden.

Es sind allerdings einzelne, über das System hinausweisende Bekundungen und Losungen in der Bewegung vorhanden (z.B. „Nieder mit der Diktatur!“, „Nieder mit der islamischen Republik!“, „Arbeiter, Studenten, Einheit, Einheit!“), und unsere Aufgabe wäre es, sie aufzuspüren und diese Losungen zu unterstüt-

zen, damit diese Begeisterung und Kampfbereitschaft mit revolutionärem Bewusstsein verbunden wird. Solche Knospen, solch Entstehendes findet sich in der Massenbewegung. In Verbindung mit den sozialen Bewegungen, vor allem mit den Protesten und Streiks der ArbeiterInnen und Lohnabhängigen werden die Voraussetzungen geschaffen für einen späteren Massenkampf für radikale Veränderungen des Systems. Nur wenn die Bewegung

ansteigt und mächtiger wird, kann einst die politische Macht erkämpft werden, deren Ziel der Aufbau einer Gesellschaft ohne Klassenunterdrückung, sexuelle Apartheid und ohne nationale und religiöse Unterdrückung sein muss.

**Nieder mit dem Regime der Islamischen Republik!
Es lebe die Freiheit! Es lebe der Sozialismus!**

Wien, am 21.08.2009

¹ Dieser Artikel wurde mit dem gleichen Titel am Samstag, den 11. Juli 2009, durch ein Mitglied der Linken Iranischen AktivistInnen in Wien bei einer offenen Diskussion anlässlich der aktuellen Situation im Iran vorgetragen. Es ist ein Diskussionsbeitrag und spiegelt nicht unbedingt die Meinung aller AktivistInnen wieder.

² Die Nationalen Islamisten basieren auf der Politik des ersten Ministerpräsidenten Khomeinis, Mehdi Bazargan: Er spielt eine wichtige Rolle beim Übergang vom – von ihm nicht allzu scharf bekämpften – Schahregime zum von ihm anfänglich voll unterstützten Khomeini-Regime, von dem die Kader der Nationalen Islamisten später allerdings an den Rand gedrängt wurden.

³ Neben den bereits erwähnten Strömungen sind es im Ausland vor allem die Zionisten (z.B. „Stop the Bomb“), die jetzt Krokodilstränen für die iranische Demokratie vergießen und versuchen die Bewegung für ihre eigenen Ziele auszunutzen.

Eine analytische Erklärung zur gegenwärtigen Krise und den Aufgaben der revolutionären Kommunist/innen

Erklärung der Kommunistischen Partei Irans (Marxistisch-Leninistisch-Maoistisch), Juni 2009

Seit dem Wahlbetrug und dem Putsch einer Fraktion gegen die andere ist die Islamische Republik Iran (IRI) von einer noch nie da gewesenen Krise erfasst worden. Das hat zu einem sprunghaften Wachstum der revolutionären Gefühle der Volksmassen geführt. Diese Situation mit allen ihren Widersprüchen und Schwierigkeiten kann sich zu einer revolutionären Situation entwickeln. Aber damit sie sich in eine revolutionäre Situation zu verwandelt, müssen sich die revolutionären Kommunist/innen mit den sehr ernstesten Hindernissen befassen und alles unternehmen, um sie zu überwinden. Es gibt eine wichtige Gelegenheit,

den Klassenkampf zu einer richtigen Revolution voranzutreiben. Aber alles hängt von den organisierten kommunistischen Kräften ab.

Es war von Anfang an klar, dass wir bei diesen Wahlen eine heiße Situation erleben würden. Aber niemand stellte sich vor, dass es eine solche Dimension erreichen würde und so ausgedehnt und blutig würde. Verschiedene widersprüchliche Faktoren, sowohl nationale als auch internationale, haben zur Entstehung dieser heißen Mischung beigetragen. Manche sind nicht glücklich darüber, dass die Debatte zwischen den Präsidentschaftskandidaten

und der Betrug von Ahmadinejad und der Wahlputsch die Welle des revolutionären Kampfes und den Widerstand der Volksmassen ausgelöst haben. Und sie haben auch Zweifel über das revolutionäre Wesen des Aufstands der Massen gegen die Reaktion. Aber revolutionäre Situationen sind in der Geschichte nie in reiner und sauberer Form aufgetreten. Noch nie gab es Revolutionen, wo die Aufstellung der Klassenkräfte so rein und klar war, dass auf der einen Seite die Bourgeoisie und die Reaktionenäre und auf der anderen das Proletariat und seine Verbündeten standen. Verschiedene Klassen und Schichten des Vol-

kes treten mit ihren eigenen Illusionen in die Revolution ein. Am Anfang sind die Reihen des Volkes und der reaktionären Opposition durcheinander gemischt.

Tatsache ist, dass die beispiellose Spaltung bzw. der Riss unter „den Herrschenden“ an der Spitze (die nicht mehr länger wie in der Vergangenheit herrschen konnten) die Explosion des Volkes unten ausgelöst hat. Aber die Explosion derer unten geschah auf Grund scharfer Klassen- und gesellschaftlicher Widersprüche im Zusammenhang mit dem tiefen Hass auf die IRI. Die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse wurden durch die aus dem Volk hervorbrechende Wut noch verschärft. Als sie ihren Höhepunkt erreichten, brachten sie den Vulkan der Volkswut zum Ausbruch. Das Volk zog Vorteile aus dieser Spaltung, die das Regime geschwächt hatte. Es traf sich in den Straßen und begann das Regime anzugreifen.

In den letzten paar Jahren haben sich die inneren Widersprüche des Regimes vertieft. Die andauernde Wirtschaftskrise, die tiefe Unzufriedenheit verschiedener Klassen und Schichten des Volkes mit den Herrschern, ebenso wie der Druck des USA-Imperialismus auf die IRI sind die wichtigsten Elemente, die die internationalen Widersprüche des Regimes verschärften. Die IRI gründete ihre Existenz als islamische fundamentalistische Alternative für die herrschende Gesellschaft und gegen die Abhängigkeit vom Imperialismus. Aber wie alle normalen abhängigen Staaten, ist die IRI fest in das imperialistische Weltsystem eingebunden. Ihre theokratischen Besonderheiten machen es unfähig, sich intern oder international zu halten und zu stärken. Als Ergebnis davon sind die internen Kämpfe der herrschenden Klassen nicht auf interne

Kämpfe zwischen zwei Mafia-Gruppen über die Macht und das Geld beschränkt. Der interne Kampf geht darum, wie ihr System, ihr Regime geführt und aufrecht erhalten werden soll. Das ist der Kern ihrer politischen Meinungsverschiedenheiten. Eine Fraktion glaubt, dass das Regime zusammenbrechen wird, wenn es nicht ein paar Reformen in der Herrschaftsstruktur der IRI gibt. Eine andere Fraktion glaubt, dass solche Reformen der Anfang des Zusammenbruchs des Regimes sind. Diese politische Meinungsverschiedenheit begann am 2. Khordad 1376 (islam. Ztr. = 1997 u.Ztr.; d.Ü.), als Khatami vor 12 Jahren am 23. Mai gewählt wurde. Seit diesem Datum haben sich diese politischen Meinungsverschiedenheiten grundlegend weiter entwickelt und verschärft.

Zwei Widersprüche, zwei treibende Kräfte

Der im Iran ausgebrochene Vulkan ist Ausdruck davon, dass im Zeitalter des Kapitalismus ein grundlegender Widerspruch wirkt, der zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung auf Weltebene. Das ist ein Widerspruch, der entscheidenden Einfluss auf die inneren Widersprüche aller Länder der Welt hat und das Schicksal aller dieser Gesellschaften tiefgehend miteinander verbindet. Dieser Widerspruch bricht jedes Mal an einem anderen Ort in dem einen oder anderen Land aus.

Aber wenn wir die Besonderheiten der Situation betrachten, sehen wir, dass die gegenwärtige Situation von zwei Widersprüchen bzw. zwei treibenden Kräften gestaltet wird: Dem Widerspruch zwischen der Mehrheit der Volksmassen und dem gesamten herrschenden Regime und dem Widerspruch zwischen den reaktionären Herrschenden. Diese zwei Widersprüche durchdringen und gestalten die Situation insgesamt. Die Möglichkeiten für

eine radikale revolutionäre Veränderung stecken in der ersten treibenden Kraft (bzw. sind in ihr versteckt), das ist der Widerspruch zwischen der Mehrheit des Volkes und dem herrschenden Regime. Aber die andere treibende Kraft wird auch ihren Einfluss auf die Entwicklung der Situation ausüben und zugleich das Regime schwächen und es dem Volk erleichtern auf das Regime einzuschlagen. Zugleich ist sie aber auch eine Quelle von Illusionen unter den Massen hinsichtlich des Wesens dieser inneren Auseinandersetzungen und der Hauptmerkmale dieser Fraktionen, insbesondere der Reformisten.

Ein wichtiger Unterschied zwischen der heutigen Situation und der revolutionären Situation von 1979 ist der, dass die revolutionäre Krise von 1357 (islam. Ztr., d.Ü.) sich auf Grundlage der Widersprüche zwischen dem Volk und dem Schah-Regime entwickelten. Am Anfang war keine der Fraktionen des Regimes in der Volksbewegung beteiligt und sogar die reaktionären islamischen Kräfte hatten noch keine Kontrolle darüber. Aber im heutigen Aufstand gegen das Regime beteiligt sich eine Fraktion des Regimes von Anfang an sehr stark. Natürlich entglitt ihnen im Zusammenhang mit der Verschärfung der Situation die Kontrolle über diesen Aufstand zu einem wichtigen Grad aus den Händen. Das „Grüne Schweigen“ wurde plötzlich vom nächtlichen Aufbrüllen des Volkes abgelöst. Friedliche Formen verwandelten sich in blutige Kämpfe mit Militärkräften der IRI. Immer mehr prägte die radikale, revolutionäre Jugend die Szene, die aus den mittleren und unteren Klassen, den werktätigen Klassen stammte und die unglücklichen Kinder der reichen Klassen zogen sich von den Kampfschauplätzen zurück. Sie begannen sogar das Land zu verlassen. Aber wir sollten nicht glauben, dass

die politische und Klassenpolarisierung dieser Welle spontan passieren wird: In Wirklichkeit können in dieser Situation ohne Einmischung der Kommunist/innen, ohne die Einrichtung einer revolutionären kommunistischen Führung zumindest unter bestimmten Schichten fortgeschrittener Frauen, Jugendliche und Arbeiter/innen genau diese sich aufopfernden und radikalen Massen zu Fußsoldaten der einen oder anderen Fraktion des Regimes oder einer neu gebildeten bürgerlichen Kraft werden. Momentan sitzen die herrschenden „Reformer“ und ihre Familien in ihren sicheren Häusern und warten darauf, als Ergebnis der Opfer der Massen wieder zur Macht aufzusteigen.

Je mehr das Volk das Wesen der inneren Auseinandersetzungen der herrschenden Klassen versteht, desto weniger wird es einigen Fraktionen der herrschenden Klasse gelingen, die Energie der Massen zu ihren Gunsten zu wenden. Je mehr Kenntnisse die Kämpfenden von den wirklichen Schwachpunkten der IRI haben und je mehr sie ihre eigene Kraft erkennen, desto weniger werden sie Angst haben, keine bürgerliche Führung zu haben. Anstatt Pazifismus und hinter den Plänen der Reformer herzulaufen werden sie rasch anfangen, stark und bewusst die Reihen der Frauen, Jugendlichen, Arbeiter/innen und Werktätigen zu organisieren.

Wir können nicht vorhersagen, wie sich die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen entwickeln werden. Es besteht die Möglichkeit zu einer Versöhnung, aber auch zu ersten Kämpfen, sowohl militärisch als auch unter den inneren Sicherheitskräften. Die von den Massen ausgehende Gefahr, die sie spüren, wird sie vielleicht dazu bringen, ihre Differenzen beiseite zu legen und sich zu vereinigen. Aber

diese Einheit wird kurzlebig sein. Und allgemein gesehen ist die Versöhnung unter ihnen, insbesondere jede Art von Versöhnung, die wie ein „Sieg“ der Massen ausschauen würde und sie nach Hause schicken würde, sehr schwierig.

Wie sich die Widersprüche zwischen den verschiedenen Fraktionen entwickeln, hat viel mit der bewussten Einmischung der beiden Seiten des Staats zu tun, mit dem politischen und militärischen Willen beider Seiten, ihren Beschränkungen und Freiheiten im Verhältnis zueinander und andererseits zum radikalen Kampf der Volksmassen. Obwohl die Fundamentalisten militärisch stärker sind, halten sie ihre internen Differenzen und der ernste Mangel einer gesellschaftlichen Basis unter den Massen davon ab, mit einem einheitlichen politischen Willen und Zusammenhalt aufzutreten. Alle, die sich um den Putsch vereinigt haben, seien es die ursprünglichen Planer oder diejenigen, die ihn guthießen oder diejenigen, die sich still verhielten – sie alle haben Differenzen darüber, wie der Putschplan jetzt weitergeführt werden soll und wie weit gegangen werden sollte. Sie haben damit gerechnet, dass die mächtigen Staaten der Welt sie anerkennen würden und das ist nicht eingetreten. Und in Wirklichkeit hat der Kampf der Massen sie davon abgehalten.

Angesichts des Einflusses, der unter den Massen erreicht wurde, hat die reformistische Fraktion politisch die Oberhand gewonnen. Aber der Anteil des Volkes ist sehr widersprüchlich, zerbrechlich und, was ihn betrifft, im Wandel begriffen. Sie haben auch Angst vor dem Volk. Der politische Wille der Reformer, die sich gegen die Khamenei-Fraktion richten, ist schwach. Anfangs glaubten sie, sie könnten eine Spaltung innerhalb der Pasdaran (= bewaffnete „Revolutionsgarden“, d.Ü.) herbeiführen, aber

die fundamentalistische Fraktion hatte sie von reformistischen Kräften gesäubert. Auch am Tag nach dem Wahlbetrug führten sie weitere Säuberungen durch. Mousavi nennt die Pasdaran, die Armee und die Basij-Milizen seine Brüder und versucht so seinen Einfluss unter ihnen zu erhöhen. Wie alle bürgerlichen Kräfte hat er nicht nur Angst seine eigenen Waffen zu verlieren, sondern sieht es auch als seine Aufgabe an, die Waffen seiner Rivalen nicht anzutasten. (Fußnote: Dieser Gedanke stammt aus „Klassenkämpfe in Frankreich“ von Karl Marx). Jetzt gibt es Verhandlungen zwischen Rafsanjani, diesem schlaunen Fuchs der IRI und anderen Spitzenleuten (und es gibt wahrscheinlich auch Verhandlungen mit jetzt eingesperrten Reformern), um die Situation wieder unter Kontrolle zu bekommen, aber jede vorübergehende Versöhnung zwischen ihnen wird zu zukünftigen größeren Kämpfen führen.

Die Rolle der imperialistischen Mächte, vor allem der USA

Die Entscheidungen der imperialistischen Mächte und ihre Rivalität untereinander hat auch eine wichtige Auswirkung, insbesondere auf die Art, wie die verschiedenen Fraktionen agieren. Der Volksaufstand hat alle Berechnungen der Obama-Regierung durcheinander gebracht. Um seine Kriege in Irak, Afghanistan und Pakistan durchzuführen, muss Obama eng mit der Islamischen Republik zusammenarbeiten. Daher wollte er direkt mit der IRI unter Führung Khamenei verhandeln. Aus diesem Grund war Obama gegenüber dem Wahlverlauf neutral. Diese Neutralität sollte zusammen mit den besonderen Vereinbarungen mit den Vertretern Khameneis die Tür zu Verhandlungen öffnen. Es ist sehr leicht möglich, dass die Leute, die den Staatsstreich durchführten, auf diese Beziehungen zählten und dachten, sie könnten

breite Betrügereien bei den Wahlen durchführen. Aber die unerwartete Reaktion des Volkes warf Obamas Politik über den Haufen und trieb die Putschisten an den Rand ihres Sturzes. Die Ahmadinejad-Khamenei-Bande wollte, dass es so aussah, als hätten sie eine Menge Stimmen und keine Rivalen im Staat. Sie wollten Verhandlungen und offizielle Beziehungen mit den USA beginnen. Trotz ihrer Unterstützung von reaktionären kapitalistischen Mächten wie China und Russland hat diese Bande in diesem unvermeidlichen Glücksspiel verloren. Sie unterschätzten den Zorn der Massen und nannten sie Abschaum. Vor vier Jahren hatten sie bei den Präsidentenwahlen betrogen und das Schweigen von Khatami und den Reformisten erkaufte. Sie glaubten, es wäre diesmal das gleiche. Aber die Reformisten wussten, wenn sie nicht protestierten, wären sie am Ende, so brachen sie ihr Schweigen. Als Ergebnis des Massenaufstands und der Infragestellung der Legitimität des Regimes verwandelte sich der internationale Faktor, der zur Stabilisierung des Staatsstreiks dienen sollte, völlig in sein Gegenteil. Die mutige Rebellion der iranischen Massen führte zur ausgedehnten Solidarität unter den Völkern der Welt. Die imperialistischen Mächte, insbesondere die USA, waren gezwungen, ihre Politik zu ändern. Die Republikaner klagten Obama an, die Khamenei-Ahmadinejad-Bande zu unterstützen. Jene Sektoren der in den USA herrschenden Klassen glaubten, sie sollten den Massenaufstand gegen die Anhänger des Islam unterstützen, um die islamischen Fundamentalisten im Mittleren Osten und auf der Welt zu schwächen. (Fußnote: The Koran and the Ballot Box, Reuel Mac Gerecht) Es gibt keinen Zweifel, dass Obama bei der Verfolgung so einer Strategie angesichts der Weltwirtschaftskrise und der Rivalität der USA mit China und Russland an ernst-

hafte Grenzen stößt. Außerdem weiß Obama nicht wirklich, ob die Reformisten der IRI die Fundamentalisten stürzen können. Das ist ein Punkt, den ein dem Weißen Haus nahe stehender Kommentator im Aljazeera-Fernsehen geäußert hat. Als der Reporter nach dem Grund für diese Analyse fragte, antwortete er, der Umfang des Massenaufstands sei noch nicht breit genug und die Arbeiter/innen und Bäuer/innen hätten noch nicht den Schauplatz betreten.

Jedenfalls sind die Imperialisten gezwungen sich einzumischen, um ihre Interessen hinsichtlich des Aufstands zu garantieren, der das Gesicht des Iran vollständig verändert hat und ihre früheren Berechnungen durcheinander gebracht hat. Zweifellos wird das zur Vielschichtigkeit der politischen Szene und zur Aufstellung der Klassenkräfte beitragen und es kann zu einer weiteren Quelle für die Entwicklung von Illusionen anderer Art in verschiedenen Schichten des Volkes werden (Illusionen über das Wesen des Imperialismus und sein bürgerlich-demokratisches System).

Diese Welle hat gerade erst begonnen

Da sich 30 Jahre Wut angehäuft haben und die Rechtmäßigkeit des Regimes nach Ansicht der Mehrheit des Volkes zusammengebrochen ist, werden die Anstrengungen des Regimes, weitere Pläne zur Unterdrückung der Massen durchzuziehen, unter den Massen weiterhin zu einer neuen Welle des Kampfs führen. Diese Welle kann plötzlich hervorbrechen oder zurückgehen und wird durch Höhen und Tiefen vorwärts treiben. Je länger diese revolutionäre Welle andauert, desto entwickelter wird die Polarisierung zwischen den fortgeschritteneren und den konservativeren Schichten des Volkes sein, sowohl objektiv als auch subjektiv.

Die sprunghafte Entwicklung der scharfen Widersprüche zwischen den Massen der unterdrückten und ausgebeuteten Massen und der IRI vertieft sich jetzt. Das spiegelt sich am Schlachtfeld auf den Straßen wieder. Die Taten der radikalen Teile auf dem Schlachtfeld zeigten ihre Differenz gegenüber den Reihen der „Grünen“ und der „Gott-ist-der-Größte“-Schreier. Es geht um die Frage, dass der (organisatorisch und politisch) harte Kern des radikalen Teils, der politische und organisatorische Überlegungen durchgeführt hat, sich in diesen Reihen noch nicht herausgebildet hat. Nur wenn die tiefen Klassengefühle eines Teils dieser radikaleren Schicht mit revolutionärer kommunistischer politischer Bewusstheit verbunden wird und seinen organisatorischen Ausdruck findet, kann gesagt werden, dass dieser Teil des Volkes seine Führung hat. Dann kann gesagt werden, dass die politische Szene sich wirklich geändert hat. Dann wird eine kleine aber konzentrierte, bewusste und entschlossene Kraft unter den Massen existieren, die die andere Seite (die „Grünen“ und die „Gott-ist-der-Größte“-Schreier) neutralisieren kann und zu einem Pol werden, der die Massen anzieht und führt. Die grüne Strömung ist eine breite Vereinigung von Kräften innerhalb des Regimes einschließlich der nationalen religiösen Kräfte und der Tudeh und der Fedayin-Mehrheit, die in den letzten 30 Jahren die Rolle von Hilfsknechten für das Regime gespielt haben. Diese Leute benützten Parolen und Symbole und propagieren Forderungen und Kampfformen, mit denen sie versuchen, die politische Perspektive des Volkes auf eine Auswechslung der Clique an der Spitze der Machtstrukturen zu beschränken. Aber diese Jugendlichen und Frauen, die die Hauptlast der blutigen Kämpfe tragen, haben noch nicht ihre Hoffnungen und Forderungen bewusst ausgedrückt. Die Zirkel

der revolutionären Linken unter den Arbeiter/innen, Frauen, Student/innen und Familien der politischen Gefangenen und Märtyrer/innen der 1980er Jahre, die in den vergangenen dunklen Jahren des Schweigens, der Unterdrückung und Erstickung den Kampf gegen die IRI geführt haben, müssen in diese Situation aktiv eingreifen und eine andere als die von den organisierten grünen Kräften vorgeschlagene Perspektive ausmalen. Diese Situation legt den revolutionären Kommunist/innen eine große Verantwortung auf und sie müssen sie mit aller Kraft auf sich nehmen.

Diese gegenwärtige Krise kann mehrere mögliche Ergebnisse bringen. Blutige Repression, größere Versöhnung oder Bürgerkrieg zwischen zwei Fraktionen oder den Aufstieg des revolutionären Geists der Massen und die Propaganda für den Aufstand – das sind einige der Perspektiven hinter den Straßenkämpfen und Repressionen, Verhandlungen in den Korridoren des Regimes und der internationalen Mächte. Zweifellos wird jede dieser Möglichkeiten ihre eigenen Auswirkungen darauf haben, wie sich die Klassenkräfte aufstellen und zu welchen Kampfformen sie greifen werden. Es wird sich auch darauf auswirken, wie die grundlegenden Aufgaben der Kommunist/innen ausgeführt werden. Die revolutionären Kommunist/innen müssen sobald wie möglich inmitten des Sturms die Initialkräfte zusammenschließen und sich dafür rüsten, sich in noch stürmischeren Situationen zu bewegen. Sie müssen ihre eigene ultimative und entschlossene Lösung propagieren, das ist die Revolution. Nicht nur im Bereich der Parolen (auch wenn Parolen durchaus bedeutend sind) sondern auch bei der Mobilisierungstätigkeit und der Organisierung der revolutionären Massen und schließlich, wenn sie den revolutionären bewaffneten

Massenkampf in Gang setzen. Die sehr unterschiedliche Art der Klassenkräfte auf derselben Seite des Schlachtfelds zeigt wieder einmal, dass ohne die Vorherrschaft eines starken proletarischen Kerns im breiten und unterschiedlichen Lager des „Volkes“ der Weg zur Revolution nicht eröffnet werden kann.

Die Hauptgefahr: Der Grünen Welle hinterher rennen

In dieser besonderen Periode haben die bürgerlichen Tendenzen unter den Massen die Oberhand. Der reformistischen Führung oder der Grünen Welle hinterher rennen ist die Hauptgefahr, mit der wir breit konfrontiert sind. Nicht alle Leute, die dieser Welle folgen, sind Unterstützer/innen von Mousavi. Viele glauben, dass die Unterstützung der Grünen Welle besser den Boden für eine Veränderung bereitet. Aber das ist eine gefährliche Illusion.

Hinter dem Vorhang dieser Illusion kann man die Kraft und den Einfluss eines starken Klassenbündnisses erkennen. Die Macht des reformistischen Lagers stammt nicht von den Reformisten innerhalb des Regimes, sondern von den Reformisten außerhalb des Regimes, die eine entscheidende Rolle bei der Ausdehnung der Macht und des Einflusses der Grünen Welle spielen. Gesellschaftlich gesehen haben sich die liberale Bourgeoisie, die mittleren und oberen Schichten, politische Kräfte wie die Nationalen Religiösen (das ist die Partei von Shiran Abadi), die Fedayin-Mehrheit, die Tudeh-Partei und ein Teil der „linken“ Opposition mit der Grünen Welle vereinigt. Diese Kräfte streben danach, in den Staatsapparat integriert zu werden, um kleine Privilegien zu erreichen und nennen das „Freiheit“ für die ganze Gesellschaft.

Kommunist/innen sollten ständig die Wahrheit betonen,

dass ein Hinterherlaufen hinter dieser oder jener Fraktion der Bourgeoisie zum Tod des Aufstands führen wird. Der Grünen Welle in die Hände spielen bedeutet die Befreiungsziele und die Zukunft aufzugeben, eine Zukunft, deren Keimformen inmitten des jüngsten Aufstands gebildet werden. Den Massen die Wahrheit zu sagen und mitten in den Kämpfen gegen ihre Illusionen kämpfen erfordert viel Mut. Aber gestützt auf kommunistisches Bewusstsein und Ausdauer kann es funktionieren. Es gibt keine Zweifel, dass diese Wahrheit von jenen Klassen und Schichten aufgegriffen wird, die tiefe Widersprüche mit der IRI haben. Und es ist offensichtlich, dass sie von denjenigen abgeschreckt werden, die keine antagonistischen Widersprüche mit der IRI haben. Das ist natürlich, weil die Leute auf dem Schauplatz in Klassen geteilt sind.

Es ist ein Widerspruch, dass die Kommunist/innen sowohl die Wellen des Massenkampfs verteidigen als auch zugleich gegen die spontane Vorstellung der Leute vorgehen sollen und die spontane Bewegung auf den richtigen Weg führen sollen – in eine Richtung, die zum völligen Sturz der IRI und zu einer wirklichen Revolution führt.

Wenn Kommunist/innen mit solchen Wellen des Volkswiderstands samt ihren Illusionen in die reaktionären Persönlichkeiten und reformistischen Lösungen konfrontiert sind, sollten sie sich nicht verwirren lassen und ihre strategische Orientierung verlieren. Solche Wellen gibt es immer wieder und werden in unterschiedlichen Formen wiederkommen, aber (wir betonen es noch einmal) der Schauplatz ist voll von unterschiedlichen Klassenkräften mit unterschiedlichen Tendenzen und unterschiedlichen Anschauungen. Und so wird es immer sein.

Unter so komplizierten Bedingungen sollten die Kommunist/innen sowohl materialistisch sein als auch ihre strategische Bestimmtheit behalten. Das heißt, dass sie die widersprüchlichen Aspekte der Realität ebenso sehen sollten wie die raschen und unvermeidlichen Veränderungen der Situation, um ihre eigene Strategie zu verwirklichen. Inmitten dieser revolutionären Welle werden die positiven Faktoren schließlich dominieren. In den meisten Fällen werden die Illusionen unter den Massen rasch zusammenbrechen, wenn die Vorhut ihre Aufgaben richtig anpackt. Jedes Hinterherrennen hinter den Illusionen der Massen wird der kommunistischen Bewegung unter solchen Bedingungen jede Chance rauben, die Situation zu beeinflussen.

Lenin betonte richtig, dass jede gesellschaftliche Bewegung und jeder reaktionäre Krieg nicht notwendig so endet, wie sie begonnen haben. Durch bewusste Einmischung können die Kommunist/innen die anfänglichen Besonderheiten des Kriegs verändern. Lenin selbst setzte das während des 1. Weltkriegs direkt in die Tat um. In der dunkelsten Periode, als der konterrevolutionäre Opportunismus die Arbeiter/innenparteien ergriffen hatte, antwortete Lenin auf jene, die meinten, wir sollten uns mit einer Seite im Krieg zusammenschließen: Nein, das ist nicht der Fall. Er sagte, wir können und müssen die Natur des Kriegs verändern und ihn von einem reaktionären Krieg in einen revolutionären Klassen- und Bürgerkrieg verwandeln. Das gilt ebenso für gesellschaftliche Kämpfe. Ein Kampf, der als Krieg zwischen Reaktionären begonnen hat, kann in einen wirklichen Krieg zwischen den Massen und dem ganzen herrschenden Regime verwandelt werden.

Das ist das grundsätzliche Herangehen von Kommunist/innen

in der gegenwärtigen Situation. Diese Politik hat nicht nur eine gesellschaftliche Basis, sie hat in den wirklich stattfindenden Kämpfen diese Basis auch machtvoll gezeigt. Es ist wichtig, dass die Vorhut, die Kommunist/innen in erster Linie nicht die Fehler der Revolution von 1979 wiederholen und nicht den spontanen Tendenzen der Massen hinterherlaufen sollten. Zweitens sollten sie große Anstrengungen unternehmen und ihre ganze Kreativität benützen, um sich mit den radikalen Massen (vor allem Frauen und Jugend) zu verbinden, die am Aufstand teilnehmen. Sie sollten die Wut der Frauen als eine wichtige Kraft der Revolution zum Ausbruch bringen und die unbändige Energie der Jugend mit Bewusstsein verknüpfen und ihre Kraft für den historischen Klassenkrieg organisieren.

„Der Kurs der Ereignisse ist noch nicht festgelegt. Es gibt kein Schicksal, die Richtung der Welle kann verändert werden. Neue Wellen können geschaffen werden.“ (Fußnote 3: Aus dem Kommuniqué 4 unserer Partei zur neuesten Situation mit dem Titel „Sparen wir uns die Diskussionen für später...?“) Die Richtung der Massenbewegung der Arbeiter/innen und Werktätigen, insbesondere der Frauen und der Jugend kann in eine bestimmte Richtung gelenkt werden. Anstatt der Grünen Welle kann eine proletarische Rote Welle in Bewegung gesetzt werden. Die Schlüsselfragen für die Kommunisten sind: Werden sie ihre grundlegenden Aufgaben in Bezug auf die aktuelle Situation ausführen? Werden sie die aktuelle Situation nützen, um ihre Perspektive einer kommunistischen Gesellschaft auch zu der der Massen zu machen? Die politische Strategie der neudemokratischen Revolution zum Ziel ihres Kampfes machen? Können die revolutionären Kommunist/innen den reaktionären Staat dadurch stürzen, dass sie den revolutionären

Volkskrieg führen und eine neue Macht unter Führung des Proletariats und seiner Vorhutpartei bilden, die die Befreiung der ganzen Menschheit auf die Tagesordnung setzt.

Wie eingreifen und mit welchem Inhalt?

Die Aufgaben der Kommunist/innen zu diesem kritischen Zeitpunkt bestehen nicht darin, diese bestehende Bewegung einfach und beständig zu radikalisieren. Sie sollten diese Situation ausnutzen. Aber das ist nicht möglich, ohne gegen die Strömung anzukämpfen und die Perspektiven, die unter den Massen vorherrscht. Die Umwandlung dieser Welle in eine Welle anderer Qualität ist die entscheidendste politische Aufgabe an diesem Punkt.

Es sollte noch einmal betont werden, dass die gegenwärtige Situation und sogar die Massenbewegung ein widersprüchliches Durcheinander ist: Ein Teil der Reihen der Opposition gegen das Regime besteht aus Reaktionären. Sie wollen der Massenbewegung die Perspektive aufzwingen, die an der Macht befindliche Bande auszuwechseln. Die bürgerliche Schicht, die nicht an der Macht ist und das besser gestellte Kleinbürgertum, die mit der Perspektive der Reform des Regimes angetreten sind, betrachten sich als die natürlichen Verbündeten einer Fraktion der Regierung. Und schließlich sind das die unterdrückten und ausgebeuteten Massen und bewussten Frauen und Männer, deren Energie aus den tiefen gesellschaftlichen und Klassenwidersprüchen zum gesamten System stammt.

Die Kommunist/innen sollten sich maximal auf diese dritte Schicht verlassen und ihre revolutionäre kommunistische Linie und Führung mit ihrem Kampf verbinden. Die Forderungen und Hoffnungen dieser Schicht sind nicht voll-

ständig ausformuliert und sie haben keine Organisation und Führung durch eine revolutionäre Partei. Wenn diese Situation so weiter geht, werden sie unterdrückt und entmutigt oder sie werden unvermeidlich gezwungen sein, unter dem Banner und an der Seite der Bourgeoisie zu kämpfen. Die Kommunist/innen müssen sich mit der fortgeschrittensten Schicht in dieser Rebellion vereinigen und sie auch von der vorherrschenden Bewegung trennen und eine Bewegung schaffen, die dazu aufruft, die Gesellschaft in eine Zukunft zu führen, die sich grundsätzlich von der bestehenden Ordnung unterscheidet. Die praktische Bedeutung dieser Politik ist nichts anderes als folgendes:

„Die breite revolutionäre radikale Strömung, die am Boden dieser Rebellion fließt, muss ihren bewussten und organisierten Ausdruck finden. Die Zukunft des Kampfes hängt davon ab, ob die revolutionären und kommunistischen Kämpfer/innen fähig sind, diesen kleinen, aber fortgeschrittenen Teil in das Rückgrat und Mark der breiten Volksbewegung zu verwandeln. Die Bewusstheit dieses Teils von Frauen, Jugendlichen und Arbeiter/innen gegenüber dem gegenwärtigen Klassenkampf muss angehoben werden. Und ihre Energie muss in unabhängigen Organisationsstrukturen organisiert werden, damit politische und organisatorische Zentren für die breite Volksbewegung unabhängig von Fraktionen des Regimes gebildet werden. Das ist notwendig, um die politischen Windungen und Wendungen dieser Bewegung durchzustehen und sich darauf vorzubereiten, in blutige und entscheidende Kämpfe mit dem Feind zu treten. Es ist auch wichtig, um sich dem unvermeidlichen Auf und Ab des Aufstands selbst zu stellen. (Fußnote: Kommuniqué 2 unserer Partei zu den jüngsten Ereignissen mit dem Titel „Wir haben die Zukunft im Griff,

wenn wir richtig kämpfen“)

In so einer Situation sollten wir keine beschränkte Vorstellung davon haben, was es heißt Kräfte aufzunehmen und zu organisieren. Zu glauben, dass Leute am Rand des Aufstands angezogen und mobilisiert werden können ist falsch, du musst dich im Zentrum befinden. Du kannst nicht mit einer kleinen Schüssel Wasser aus den donnernden Wellen schöpfen. Kommunist/innen sind fähig, fortgeschrittene Massen in dem Ausmaß anzu ziehen, wie sie die politische Szene insgesamt beeinflussen und in eine bestimmte Richtung lenken können.

Nur mit dieser strategischen Orientierung können wir richtige und passende politische und taktische Anleitungen auf jeder besonderen Stufe und Entwicklungsstufe formulieren und die passenden Kampfformen und der Organisationsformen anwenden. Eine politische Taktik und Kampfformen und Organisationsformen, die nicht dieser Strategie dienen, sind keine kommunistische Taktik und Politik.

Der erste, was die Leute brauchen, sind revolutionäre Führer/innen, die ihnen eine klare Perspektive und Zukunft vermitteln und eine Politik, die sich grundsätzlich von der unterscheidet, die von der Bourgeoisie und reaktionären Führern propagiert wird. Zugleich brauchen die Kommunist/innen auch revolutionäre Leute, die am Schauplatz sind, um die größten Schmerzen zu heilen, die durch Niederlagen und Unterdrückung entstehen und ihre Reihen rasch mit den fortgeschrittensten und militantesten Kindern des Proletariats und der Massen aufzufüllen. Je wirksamer und schneller das vorangeht, desto stärker können die Kommunist/innen die Situation insgesamt beeinflussen und eine richtige Taktik ausarbeiten. Heute ist die dringende Frage nicht, wann die Arbeiter/innenklasse und ihre

Vorhutpartei dem gegenwärtigen Aufstand einen kommunistischen Stempel aufdrücken wird. Die Frage ist, welche Politik eingeschlagen werden soll und welche Aktionen unternommen werden müssen, damit die kommunistische Bewegung rasch in so eine Situation kommt. Die Kommunist/innen befinden sich in einer historischen Situation, in der – wie Mao sagte – die Zeit zwischen den einzelnen Kämpfen und Ruhepausen immer kürzer wird. Ohne fortgesetzte, rastlose Schlachten kann das Material für das Vorantreiben der proletarischen Revolution nicht gesammelt werden.

Die Notwendigkeit, den wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren

In der Krise und in den revolutionären Aufschwüngen werfen die Fortgeschrittensten mehr als zu anderen Zeiten Fragen auf, wie z.B. welche Art von Gesellschaft wir wollen und wie wir dorthin kommen. Das sind die Zeiten, wo besonders dringend die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Kampfes für eine neudemokratische Revolution propagiert und popularisiert werden muss, die Errichtung eines neudemokratischen Staats als notwendigem Schritt zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. In so einer Situation, die das religiöse Denken und den Aberglauben zur Seite räumt und die Wirklichkeit lehrt, wie die Gesellschaft und die Welt ist, können wir neuen Kämpfer/innen rasch ein wissenschaftliches Verständnis vermitteln. Das kapitalistische System muss und wird nicht die Grundlage für die Produktion und Reproduktion menschlichen Lebens sein. In den letzten 30 Jahren hat unsere kommunistische Bewegung schwere Schläge erlitten und wurde geschwächt. Aber heute ist eine neue Generation von Kämpfer/innen auf die Bühne getreten, die durch die Aneignung der kommunistischen

Theorien die kommunistische Bewegung auf fortgeschrittenerer, mächtigerer Stufe und mit mehr Wachstumspotential aufbauen können. Deshalb sollten wir unser bestes geben, um die Wissenschaft des Kommunismus unter diesen Kämpfer/innen zu fördern und die große Wahrheit propagieren, dass der Kommunismus nicht nur eine Utopie, sondern eine Notwendigkeit unserer Zeit ist. Und die Aktivitäten des kapitalistischen Systems bringen dauernd die Mittel hervor, ihn in die Praxis umzusetzen. Die Tatsache, dass Frauen, die Sklavinnen der Sklaven, vom Anfang der Errichtung der IRI an entschlossen gegen dieses extrem reaktionäre Regime aufgestanden sind und heute die entschiedensten auf den Schlachtfeldern sind, ist das beste Zeichen dafür, dass diese Welt und ihre vielen Übel nach einer kommunistischen Lösung schreien. Weil die Frauen die einzige gesellschaftliche Schicht sind, deren niedriger gesellschaftlicher Status – ihre Unterdrückung begann mit der Herausbildung der Klassengesellschaft – mit der Beseitigung aller Klassenunterschiede und der Herausbildung einer kommunistischen Gesellschaft zusammenfallen wird und zugleich der vollständige Beseitigung der Ungleichheit

zwischen Männern und Frauen in gesellschaftlichen Beziehungen und im Denken. Bis dahin wird der Kampf für die Befreiung der Frauen eine treibende Kraft für den Fortschritt der Gesellschaft sein.

Das kapitalistische System im Iran und auf der Welt ist nicht nur zu einer Art menschenfressendem System geworden sondern es zerstört auch den Planeten. Um den Kapitalismus los zu werden, müssen die Völker der Welt die sozialistischen Revolutionen vorantreiben. Aber diese Revolutionen können nicht genaue Wiederholungen der sozialistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts sein. Die Merkmale der sozialistischen Gesellschaft der Zukunft müssen neu entworfen werden und dabei die Lehren des 20. Jahrhunderts und das gewaltige Wissen, das die Menschheit seither erworben hat, genutzt werden. Und auf einer viel reicheren und wissenschaftlicheren Grundlage als in der Vergangenheit. Daher ist es notwendig, diese Versuche wissenschaftlich und kritisch zusammenzufassen. Das ist nicht nur ein wichtiger Faktor für die Einheit der kommunistischen Bewegung, sondern auch eine Notwendigkeit, um eine lebendige Alternative für eine zukünftige

Gesellschaft unter den kämpfenden Männern und Frauen zu propagieren.

Wir sollten keine Zweifel daran haben, dass die Zukunft unserer Gesellschaft von der Linie und Praxis der revolutionären Kommunist/innen abhängt.

Klären wir das Volk über das Wesen der Grünen Welle auf!

Verbreiten wir die Parole: Nieder mit der Islamischen Republik!

Organisieren wir die Kampfbazentzen für den Massenkampf in verschiedenen Bereichen!

Erheben wir die Rote Fahne des Kommunismus und organisieren wir um sie herum die Fortgeschrittensten!

Betreiben wir Agitation und Propaganda über die Merkmale einer neuen revolutionären Macht unter den Massen!

Streben wir in der kommunistischen Bewegung des Iran nach Einheit im politischen Willen und in der Aktion!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Iran (Marxistisch-Leninistisch-Maoistisch)

28. Juni 2009

Eine Welle von Kämpfen in den französischen Kolonialgebieten

Es kracht seit Monaten in den französischen Überseegebieten. Zuletzt kam es zwischen 27. Juli und 7. August in Kanaky („Neu-Kaledonien“, östlich von Australien) zu heftigen Kämpfen. Gewerkschaftliche

Kämpfe, ausgehend von den Beschäftigten der lokalen Fluggesellschaft, verbanden sich mit einer Jugendrevolte. Es brodelte schon seit Jahresbeginn, jetzt wurde der Generalstreik ausgerufen. Hafen

blockiert, Flughafen blockiert, „öffentliches Leben“ stillgelegt. Hintergrund und Klammer der Kämpfe - die koloniale Unterdrückung und der offene Rassismus gegen die Bevölkerung. Gendarmen provozieren

und feuern flash balls in jugendliche Demonstranten, 30 Verletzte, auch Gewehrschüsse. Erinnerungen an 1988; damals gab es 19 Tote (sowie 2 Gendarmen, die Opfer ihrer „Pflichterfüllung“ wurden). Die Regierung tut alles, um die Sache einzudämmen. Ihr sitzt Guadeloupe noch in den Knochen. Am 7. August wird ein Abkommen geschlossen, das bezüglich der gewerkschaftlichen Fragen einen Kompromiss darstellt. Seither herrscht „fragile Ruhe“, wie es in den französischen Medien heißt.

Die französische Regierung ist nach den großen Kämpfen zwischen November 2008 und März 2009 in Guyana, Guadeloupe, Martinique und La Réunion nervös. Es handelt sich in diesen Fällen um Kolonien im wahrsten Sinn des Wortes. Teilweise sind es wichtige Militärstützpunkte (z.B. La Réunion und Mayotte im Indischen Ozean). Die mächtigste und für die Bourgeoisie gefährlichste Bewegung war der 44tägige Generalstreik in Guadeloupe. Aber auch auf der zweiten großen Antilleninsel Martinique, in Guyana und auf La Réunion kam es zu ähnlichen Kämpfen.

In Guadeloupe sind 95% der Bevölkerung „farbig“ und 5% „weiß“. Es herrscht offener kolonialer Rassismus. Aller Grund und Boden gehört etwa 1% der Bevölkerung, klarerweise „Weißen“. Alles direkte Nachkommen der alten Sklavenhalter und Kolonialherren. Wenige Familien haben die ganze Insel in der Hand, auch die Lebensmittelversorgung, das Transportwesen etc. Nachdem die ursprüngliche Landwirtschaft ruiniert bzw. auf Export umgestellt worden ist, müssen alle Lebensmittel importiert werden, vielfach aus Frankreich. 23% Arbeitslosigkeit, 50% Jugendarbeitslosigkeit, 13% unter der Armutsgrenze, aber Preise für Lebensmittel, Strom, Telefon, Treibstoff etc.

weit höher (z.B. Nudeln um +84%) als in Paris...

So kommt es unter Führung der LKP (auf deutsch vielleicht so etwas wie „Vereinigung gegen Ausplünderung“) zum Kampf. Die LKP ist ein Bündnis einer Reihe von Organisationen, darunter, eine zentrale Rolle spielend, die Gewerkschaft UGTG, in der die guadeloupischen Marxisten-Leninisten führend mitarbeiten. Ein lückenloser Generalstreik, tägliche Manifestationen, ein umfassendes Forderungsprogramm, darunter besonders zentral Erhöhung der niedrigen Löhne und Pensionen sowie des gesetzlichen Mindestlohns um 200 Euro, Einfrieren der Mieten für 2009, Senkung der Treibstoffpreise um 50 Centimes, Preissenkungen für Wasser, Verkehrsmittel, Strom..., die Forderung nach einer Preisregelung, die verhindern soll, dass die Preise um mehr als 10% höher sind als in Frankreich, aber auch Forderungen zu Landwirtschaft, Ausbildung, Gesundheit und Infrastruktur. Wie ein roter Faden aber zieht sich durch die Anprangerung der kolonialen Verhältnisse, des Rassismus, die immer noch bestehenden Elemente von Sklaverei, Losungen und Forderungen, die sich dagegen richten. Bemerkenswert die unglaubliche Breite (über 100.000 von 460.000 Einwohnern bei den täglichen Manifestationen!), die Einheit und Festigkeit der Bewegung durch alle Manöver der Regierung hindurch, die Selbstorganisation des Volkes (z.B. zur Lebensmittelversorgung), das Scheitern aller Spaltungs- und Einschüchterungsversuche. Die Regierung bereitet schließlich die gewaltsame Niederschlagung vor, Polizeikräfte werden laufend und massiv verstärkt, zuletzt waren 4.000 Mann der berüchtigten Schlägerpolizeitruppe CRS eingeflogen, schließlich blockiert die LKP den Flughafen, um weitere Polizeitransporte zu unterbinden. Da das Volk nicht nach-

gibt, kommt es schließlich zu Widersprüchen zwischen den scharfmacherischen Kolonialbourgeois vor Ort und den etwas weitsichtigeren Kolonialherren in Paris. Diese werden immer nervöser, denn sie befürchten ein Überspringen auf Frankreich selbst, wo ja ebenfalls heftig gestreikt und demonstriert wird. Überall sieht man hier bei den Manifestationen Transparente „Wir sind alle Antiller!“ und wird das Selbstbestimmungsrecht der Kolonialgebiete unterstützt.

Nach 44 Streiktagen wird ein Abkommen abgeschlossen: Erhöhung der niedrigen Löhne um 200 Euro, Erhöhung des Mindestlohns um 33%, einiges anderes mehr, etliche Zusagen, vieles natürlich nicht oder nicht wirklich durchgesetzt, vieles wird bald wieder untergraben sein... Aber zweifellos ein Etappensieg der LKP und ein Schlag gegen den Kolonialismus, wenn auch noch keine wirkliche Lösung der Probleme. Die LKP setzt den Kampf konsequent fort. Sie arbeitet hart an der Organisation und am Bewußtsein der Massen. An den regionalen Wahlen zum kolonialen Verwaltungskörper im Juli hat sie sich nicht beteiligt. Wütendes Geifern der Regierung. Diversen Einladungen nach Paris folgte sie nicht. Der Besuch Sarkozy's auf der Insel wurde „ignoriert“. Ein lokaler Kapitalist meint, die LKP habe „ein verdecktes Ziel: die Weißen hinauszuerwerfen und die Macht zu übernehmen. Es ist eine Aufstandsbewegung, die nicht sagt, dass sie eine ist.“ An die Adresse derjenigen lokalen Kapitalisten, die sich nicht an das Abkommen gebunden fühlten und die man durch Manifestationen und Besetzungen vor Ort Fall für Fall erst dazu zwingen musste, sagte der Sprecher der LKP, Elie Domota: „Guadeloupe gehört uns, nicht ihnen. Wenn es ihnen nicht passt, sollen sie das Land verlassen. Wir werden nie wieder in die alte Sklaverei zurückkehren.“

Antimilitarismus lässt sich nicht verurteilen! Solidarität aufbauen – revolutionäre Perspektive erkämpfen!

Am 16.10 gab Richter Josef Hoch – berüchtigt für Prozessführung gegen Linke und Revolutionäre – in Berlin die Urteile welche über Axel (48), Oliver (37) und Florian (37) gefällt wurden, bekannt. Ersterer wurden zu je 3,5 Jahren, Florian zu 3 Jahren verurteilt. Sie wurden angeklagt Mitglieder der revolutionären kommunistischen „militanten gruppe“ (mg) zu sein. Als Aktivisten derselben hätten sie 2005 und 2006 mehrere Brandanschläge auf Einrichtungen der Bundeswehr durchgeführt und dadurch einen Schaden von rund 850.000 Euro verursacht.

Die mehr als 27 Anschläge, welche die mg unter der Losung „Was in Deutschland brennt, kann in Afghanistan keinen Schaden mehr anrichten“ durchführte, definierten sich als Akt entschiedener antimilitaristischer Tat gegen die immer weiter zunehmende Militarisation Deutschlands sowohl nach außen als auch nach innen. Richter Hoch wollte derweil keinen Antimilitarismus erkennen, nahm sogar noch die bürgerliche Presse ins Gespräch und meinte, dass diese durch „tendenziöse Berichterstattung“ massiv dazu beigetragen habe, dass „der Eindruck entsteht“ dass „sich der Prozess gegen Antimilitaristen“ richte. Unerhört. Vielmehr malte er ein grausiges Schreckensbild der mg an die Wand und nahm es sogar als Argument gegen die mg, dass diese, unter Bezugnahme auf Karl Marx, „alle Verhältnisse umwerfen“ wolle, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Was daran schlecht sein soll, bleibt uns natürlich schleierhaft, nicht hingegen der BILD-Zeitung, die sich, den Worten Hochs zur Presse eifrig Folge leistend, in ihrem Artikel zur Urteilsverkündung einer Verbalität bedient, die ihresgleichen sucht und dies wohl nur in der Blütezeit der NS-Propaganda wieder findet. Ganz offen bedient sie

sich freilich eines zutiefst hetzerischen Jargons, wenn sie da über die Verurteilten schreibt: „Drei Fratzen des Terrors, der Angst und Gewalt...“ (siehe Link). Doch wen wundert's? Dass Systemmedien dem System zuträglich schreiben, ist wohl klar. Und das müssen sie erst recht, weil der gesamte Prozess von Beginn an auf äußerst dünnem Eis stand, viele Ungereimtheiten auf Seiten der Anklage nach wie vor bestehen bleiben. Dass dieser Prozess immer ein politischer Prozess war, wurde von den Angeklagten schon in ihrer ersten Rede vor Gericht festgestellt: „Auf die Anklagebank gehören Kriegstreiber, Kriegsbefürworter und Rüstungskonzerne. Sie sind die kriminellen Vereinigungen. Sie sind anzuklagen.“ Der Prozess und das Urteil gegen die drei Antimilitaristen zeigen eindringlich, wie der kapitalistische Staat reagiert, wenn das für ihn überlebenswichtige Gewaltmonopol praktisch in Frage gestellt und seine Politik durch verschiedene Aktionen zu schwächen versucht wird. Im Prozess gegen Axel, Oliver und Florian nahm der bürgerliche Staat ein weiteres Mal seine demokratische Maske ab, zeigte das Gesicht kapitalistischer Klassenherrschaft und Repression gegenüber revolutionären und fortschrittlichen Verbindungen und Einzelpersonen, sein zutiefst reaktionäres Wesen.

Die Grundlage für diesen schändlichen Prozess war der §129(a), das deutsche Pendant zum österreichischen §278, dem „Anti-Terror-Paragraphen“, auf dessen Grundlage es schon zu mehreren Verfahren kam. In Österreich bewegten sich die auf dem 278er stehenden Verfahren zwar bisher nicht in solchen Größenordnungen wie dem mg-Prozess, doch lässt die Urteilsverkündung gegen die Genossen in Berlin aufs Neue erkennen, welche Ziele die Herrschenden hierzulande mit ihrem „Anti-Terror-Paragraphen“ tatsächlich verfolgen und

damit einhergehend, welche Bedrohung er für kämpferisches politisches Engagement darstellt. Weiters sei daran erinnert, dass nicht nur Deutschland an immer mehr Kriegsschauplätzen weltweit eine gewichtige militärische Rolle spielt, sondern auch Österreich sein militärisches Potential in Auslandseinsätzen zunehmend entwickelt und einsetzt – auch in Afghanistan!

Die Rechtskräftigkeit des Urteils tritt mit 2010 in Kraft, bis dahin befinden sich Axel, Oliver und Flo noch draußen. Dann erst werden sie ihre Haftstrafen antreten müssen. Dass Solidarität für RevolutionärInnen mehr als eine Worthülse ist, dass Solidarität vielmehr Praxis werden muss, bewies sich nicht nur damit, dass es während der Urteilsverkündung vor Gericht eine durchwegs laute und kämpferische Demo gab (die auch im Gerichtssaal gut zu vernehmen war), sondern auch dadurch, dass schon kurz nach der Urteilsverkündung in mehreren Städten Deutschlands zu Protesten, in Lichtenberg sogar zu einem Angriff auf eine Polizeiwache kam. Darüber hinaus wurde am 17.10 mit Hintergrund der Urteilsverkündung ein Anschlag auf eine DHL-Niederlassung, sowie zwei Anschlägen auf eine Berliner Firma (Bärnmeñü), die international technische Ausstattungen für Gefängnisse liefert, verübt. Dieses Niveau revolutionärer praktischer Solidarität ist für Österreich mehr als nur beispielhaft. Wir wollen den Verurteilten auf diesem Weg unsere Solidarität und Verbundenheit ausdrücken und wünschen ihnen, mit den Worten des Projektes Revolutionäre Perspektive, gerade in dieser Situation viel Kraft und Durchhaltevermögen.

**Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!
Weg mit §§129(a) + §278!
Freiheit für Axel, Oliver und Florian!**

Dokumentation einer Stellungnahme des Komitees zum
Aufbau einer Roten Hilfe International in Österreich

Link zu Dokumenten rund um den mg-Prozess und Pressespiegel zur Urteilsverkündung: <http://einstellung.so36.net/>

Beitrag der Neuen Kommunistischen Partei Rumäniens zum Internationalen Balkantreffen

Das Internationale Balkantreffen wurde am 21. -22. März 2009, anlässlich des 10. Jahrestags der imperialistischen Intervention in Jugoslawien, von der KP Griechenland-ML in Thessaloniki organisiert.

Liebe Genoss/innen!

Es ist uns eine Freude, euch anlässlich dieser internationalen Konferenz die wärmsten Grüße zu übermitteln und euch zu eurer Initiative zu gratulieren, diese Konferenz 10 Jahre nach der verbrecherischen NATO-Aggression gegen Jugoslawien durchzuführen, einer Aggression die unter der heuchlerischen Fahne der Verteidigung der Menschenrechte durchgeführt wurde. Das war wirklich ein Höhepunkt der Heuchelei.

Wir leben in schwierigen und komplexen Zeiten. Das ganze kapitalistische System ist mit einer tiefen und unvermeidlichen Krise konfrontiert, die ihre Wurzeln in den grundlegenden Widersprüchen des Systems hat, insbesondere im Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Form des Eigentums und der Aneignung. Und die „Antwort“ der Kapitalisten darauf ist, die Lasten der Krise auf die Schultern der arbeitenden Massen abzuladen, diese die Kosten für ihre unverantwortliche Gier mit Hilfe der dienstbeflissenen Mainstream-Medien tragen zu lassen.

Rumänien liegt, wie andere Balkan-Staaten in einem Gebiet, wo die Interessen von drei großen imperialistischen Mächten zusammenstoßen – USA, Russland und EU. Es ist deshalb ein Land, wo wir mit einer massiven imperialistischen Präsenz zu kämpfen haben, nicht nur hinsichtlich politischer und militärischer Kontrolle, sondern auch in

wirtschaftlicher Hinsicht, da die meiste Industrie und der Finanzsektor unter der direkten Kontrolle des Auslandskapitals steht, eines Auslandskapitals, das in überwältigendem Ausmaß aus diesen drei genannten Herrschaftsbereichen kommt – siehe zum Beispiel die französische Kontrolle der Autoindustrie, die russische Kontrolle der Aluminium-Industrie, die vor allem französische und österreichische Kontrolle der Banken usw. Diese imperialistische Kontrolle hatte auch die Auswirkung, dass Rumänien in eine Halbkolonie dieser imperialistischen Mächte verwandelt wurde, wobei jede von ihnen mit den anderen hier um die ganze Vorherrschaft ringt. Daher sollte das Ziel der Kommunist/innen sein, alle Imperialisten zu vertreiben, die Abhängigkeit des Landes von ausländischen Kapitalisten zu beseitigen, das Land von ihnen unabhängig zu machen, obwohl wir auch die Tatsache betonen müssen, dass bestimmte Situationen entstehen können, in der die Komunist/innen die Aufgabe haben, zwischen den konkurrierenden Imperialisten zu manövrieren, um im eigenen Interesse und im Interesse des Volkes Vorteile aus deren Rivalität zu ziehen.

Was die Frage der Koordination der antiimperialistischen Kämpfe in dieser Region betrifft, stimmen wir einer solchen Koordination voll zu, wir möchten gern unsere gegenseitige Zusammenarbeit bis zu dem Punkt verstärken und vertiefen, dass wir eine Art übernationaler Koordinationsstruktur auf der Basis vollständiger

Gleichheit zwischen den Mitgliedsparteien erreichen und die besonderen Bedingungen in jedem Land berücksichtigen, die die Ursache dafür sein können, dass der Hauptwiderspruch von Land zu Land variiert. Wir zum Beispiel glauben, dass der Hauptwiderspruch hier der zwischen den Volksmassen, unabhängig von ihrer Nationalität, und den EU-Imperialisten ist. Denn es ist dieser Imperialismus, der sowohl die politische Kontrolle als auch die wirtschaftliche Kontrolle ausübt, da er der größte Investor hier ist und deshalb der größte Unterdrücker der rumänischen Arbeiter/innen.

Wir unterstützen den Aufbau einer internationalen antiimperialistischen und gegen den Krieg gerichteten Volksfront, die die arbeitenden Massen mobilisiert, um ihrem Feind entgegenzutreten und wir rufen alle kommunistischen Kräfte, die vom Marxismus-Leninismus geleitet sind, auf, ihre Differenzen zur Seite zu schieben und für den Sturz des imperialistischen Kapitalismus zusammenzuarbeiten. Wir haben die Hoffnung, dass in naher Zukunft eine neue Kommunistische Internationale aufgebaut wird, um den Kampf unserer großen Vorgänger/innen fortzusetzen.

Lang lebe der Kommunismus, der größte Traum der Menschheit!

Neue Kommunistische Partei Rumäniens

Kommunismus am Scheideweg: Avantgarde der Zukunft oder Überreste der Vergangenheit?

aus: „DER KOMMUNISMUS: DER BEGINN EINER NEUEN ETAPPE“, Ein Manifest der Revolutionären Kommunistischen Partei, USA, Kapitel V; September 2008 (Übersetzung), www.revcom.us

Angesichts der andauernden Herausforderungen und Schwierigkeiten der derzeitigen Periode hat die anfängliche Wiedergruppierung der Kommunisten, die nach der Niederlage in China und dem Ende der ersten Phase der Revolution eintrat, vor kurzem zu einem bedeutsamen Grad scharfe Meinungsverschiedenheiten erlebt: Auf der einen Seite steht unsere Partei, deren grundsätzliche Linie in unserer neuen Verfassung zusammengefasst ist, sowie auch einige andere, die zu einer neuen Synthese hinstreben. Auf der anderen Seite stehen zwei gegensätzliche Tendenzen: die erste besteht darin, andächtig an den ganzen vergangenen Erfahrungen und der dazugehörigen Theorie und Methode zu klammern, während die zweite darin besteht (im Wesentlichen wenn nicht in Worten) das Ganze über Bord zu werfen.

Im gewissen Sinne wurde darauf in den Reaktionen zu *Conquer the World?* hingedeutet, als es ursprünglich, vor fast drei Jahrzehnten, veröffentlicht wurde. Auf der einen Seite gab es diejenigen in der internationalen kommunistischen Bewegung, die über die Aussagen in *Conquer the World?* extrem bestürzt waren. Sie behaupteten, dieses Werk würde die Erfahrung der kommunistischen Bewegung auf „eine zerschlissene Fahne“ reduzieren (diese Reaktion war selbst eine Widerspiegelung einer dogmatischen und brüchigen Herangehensweise an den Kommunismus, anstatt ihn zu betrachten und zu nutzen, als das, was er ist: eine lebendige und sich entwickelnde kritische revolutionäre Wissenschaft, die dadurch geprägt ist, dass er sich selbst ständig hinterfragt). Neben denen, die *Conquer the World?* aus guten

Gründen begrüßten, gab es auch manche, die die Arbeit zwar eigentlich begrüßten, aber mit der Ansicht und der Hoffnung, dass *Conquer the World?* der Keil sein könnte, der die Tür dazu öffnen würde, die gesamten historischen Erfahrungen zu verwerfen und ihnen abzuschwören. In *Conquer the World?* wurden die historischen Erfahrungen von einem grundlegend anderen Blickwinkel kritisch untersucht, der diese Erfahrungen objektiv als hauptsächlich positiv anerkennt, mit historisch nie da gewesenen Fortschritten für die Menschheit, die es entschlossen aufrecht zu erhalten gilt. Zugleich wurde erkannt, dass es reale Probleme, Unzulänglichkeiten und Fehler – zum Teil ziemlich schwerwiegende – gegeben hat, die weiter ausgegraben und kritisch untersucht werden müssen, um auch von ihnen zu lernen. Zu jener Zeit waren die sich gegensätzlichen Haltungen auf *Conquer the World?* eher noch in einem embryonalen Stadium und befanden sich im Gesamtrahmen einer Einheit, die sehr großzügig definiert wurde. Erst mit der weiteren Entwicklung während der nächsten Jahrzehnte, als weitere Schwierigkeiten auftraten – einschließlich der Rückschläge in Kämpfen, die eine Zeit lang so ausgesehen hatten, als würden sie Neuland ergründen und die Wiederbelebung der kommunistischen Bewegung in der Welt verkörpern – entwickelten und verstärkten sich diese entgegengesetzten Ansichten weiter.

Heute pochen viele Menschen, die eine kritische Untersuchung der historischen Erfahrung der kommunistischen Bewegung ablehnen, auf „Klassenwahrheit“, mit einer verwandten Verdinglichung des Proletariats, und im Allgemeinen

auf eine Auffassung über die kommunistische Theorie und Prinzipien wie eine Art Dogma, sehr ähnlich dem religiösen Katechismus, so nach dem Motto: „Wir wissen alles, was wir wissen müssen, wir besitzen die ganzen Grundkenntnisse, die erforderlich sind, es geht nur darum, diese überlieferte Weisheit anzuwenden.“ Demgegenüber stehen diejenigen, deren Verständnis von den historischen Erfahrungen der kommunistischen Bewegung – insbesondere die Ursachen ihrer Schwierigkeiten, Rückschläge und Niederlagen – ebenfalls oberflächlich und unbegründet ist. Sie ignorieren oder lehnen eine wissenschaftliche kommunistische Analyse der tief gehenden Widersprüche ab, die die Gefahren einer kapitalistischen Restauration in der sozialistischen Gesellschaft ausgelöst haben. Sie versuchen, diese Analyse durch eine Herangehensweise zu ersetzen, die auf bürgerlich-demokratischen Grundsätzen und Kriterien basiert sowie bürgerlich-demokratische Vorstellungen der Rechtmäßigkeit. Das ist eng verknüpft mit dem formalen Prozess von Wahlen, mit konkurrierenden politischen Parteien, wie sie in der kapitalistischen Gesellschaft so üblich sind und auch so vereinbar mit und angepasst an die Ausübung der politischen Macht durch die kapitalistische Klasse. Diejenigen, die an solchen Positionen festhalten, selbst wenn sie behaupten, Kommunisten zu sein, sind darauf aus, das Konzept und die historische Erfahrung der Diktatur des Proletariats – und sehr oft den Begriff an sich – zu verwerfen und sich selbst davon zu distanzieren. In Wirklichkeit versuchen diese Menschen „sich von einer Last zu befreien“, und zwar von der „Last“ der befreiendsten Erfahrung

der bisherigen menschlichen Geschichte! Sie behaupten, sie wollen schnell fortschreiten, um den heutigen neuen Bedingungen zu begegnen ..., doch sie haben den falschen Gang eingelegt und streben in die entgegengesetzte Richtung, sie steuern mit beschleunigtem Tempo zurück auf die bürgerliche Demokratie und die engen Schranken des bürgerlichen Rechts¹, und dadurch fahren sie durch die Jahrhunderte vom 21. Jahrhundert bis zurück ins 18. Jahrhundert.

Während sich die fehlerhaften Tendenzen, die wir hier dargelegt haben, in der Tat voneinander unterscheiden, sind sie auch in einem wesentlichen Aspekt einander „spiegelverkehrt“ und teilen wichtige gemeinsame Eigenschaften. Es ist sogar bemerkenswert, dass in den letzten Jahren bestimmte Gruppen von einem Pol zum anderen „springen“; genauer gesagt vom Dogmatismus und den damit verbundenen Tendenzen zu einer Umarmung der bürgerlichen Demokratie (wenn auch immer noch hinter der Maske des Kommunismus). Diese Tendenzen haben folgende wesentliche Eigenschaften gemeinsam:

- Sich niemals mit einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung über die vorangegangene Etappe der kommunistischen Bewegung zu befassen, insbesondere Mao Tsetungs bahnbrechender Analyse der Gefahr von und Grundlage für kapitalistische Restauration in der sozialistischen Gesellschaft, oder sich auf eine systematische Art und Weise damit auseinander zu setzen. Folglich, auch wenn sie die Kulturrevolution in Chi-

na vielleicht hochhalten oder in der Vergangenheit hoch gehalten haben, besitzen sie kein wirkliches oder tief greifendes Verständnis darüber, warum die Kulturrevolution notwendig war oder warum und mit welchen Prinzipien und Zielen Mao diese Kulturrevolution eingeleitet und geführt hatte. Sie reduzieren diese Kulturrevolution gleichsam auf nur eine weitere Episode in der Ausübung der Diktatur des Proletariats. Oder aber interpretieren sie die Kulturrevolution in eine Art bürgerlich-demokratische, „anti-bürokratische“ Bewegung um. Im Kern heißt das eine Verneinung der Notwendigkeit einer kommunistischen Führung und ihrer institutionalisierten Führungsrolle in der sozialistischen Gesellschaft bis hin zum Übergang zum Kommunismus.

- Die übliche Tendenz, den „Maoismus“ auf ein bloßes Rezept für die Führung des Volkskriegs in einem Dritte-Welt-Land zu reduzieren. Dabei wird auch hier Maos wichtigster Beitrag zum Kommunismus, und zwar seine Entwicklung der Theorie und Linie für die Fortführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, ignoriert oder herabgesetzt sowie die ganzen wertvollen Analysen und wissenschaftlichen Methoden, die der Entwicklung dieser Theorie und Linie zugrunde liegen und sie ermöglichten.

- Positivismus, Pragmatismus und Empirismus. Auch wenn diese sich unterschiedlich ausdrücken mögen, je nachdem, von welchen spezifischen fehlerhaften Standpunkten und Herangehensweisen sie aus-

gehen, was sie gemeinsam haben, ist die Vulgarisierung und Degradierung der Theorie. Sie reduzieren die Theorie auf ein „Handbuch für die Praxis“ nur im engsten und unmittelbaren Sinne. Dabei behandeln sie die Theorie im Wesentlichen als wäre sie ein direktes Ergebnis einer bestimmten Praxis und sie versuchen die fortgeschrittene Praxis (die an sich, besonders für diese Menschen, eine subjektive und willkürliche Bewertung beinhaltet) der angeblich modernen Theorie gleichzusetzen. Ein wissenschaftlicher kommunistischer, materialistischer und dialektischer Standpunkt führt zu dem Verständnis, dass die Praxis im Endeffekt der Ursprung und die Bestätigung der Theorie sind. Jedoch muss das – im Gegensatz zu diesen engen, empirischen Verzerrungen – als Praxis im weiten Sinne verstanden werden, die die verschiedenen sozialen und historischen Erfahrungen einschließt und nicht bloß die direkte Erfahrung eines bestimmten Menschen, Gruppe, Partei oder Nation. Gerade die Begründung und Weiterentwicklung der kommunistischen Theorie selbst veranschaulicht das sehr deutlich: Seit der Zeit von Marx ist die Theorie dadurch geformt und bereichert worden, dass sie von einem breiten Spektrum von Erfahrungen auf einer Vielzahl von Gebieten und von einem breitem Feld der historischen Entwicklungen in der Gesellschaft und der Natur geschöpft hat. Die Praxis, als die Quelle der Theorie, und die Maxime, dass „die Praxis [...] der Maßstab der Wahrheit [ist]“, können

¹ Die Verfassung unserer Partei, im Anhang: Kommunismus als eine Wissenschaft, erklärt, dass das bürgerliche Recht sich darauf bezieht: Wie die weiterhin bestehenden Warenverhältnisse und Ungleichheiten, die vom Kapitalismus übriggeblieben sind, mitten in der sozialistischen Gesellschaft, sich gegenseitig verstärken und sich widerspiegeln im Überbau – den politischen Institutionen und Denkweisen, Kultur usw. – und wie all dies Hindernisse für das weitere revolutionäre Fortschreiten im Sozialismus darstellt und deswegen - als ein entscheidender Teil des Kampfes, um die kapitalistische Restauration zu verhindern und an das Endziel des Kommunismus zu gelangen - eingeschränkt und schließlich überwunden werden muss.

und werden in eine tief greifende Unwahrheit verwandelt werden, wenn sie in einer engen, empirischen und subjektiven Art interpretiert und angewandt werden.

• Sehr bedeutsam ist, was diese fehlerhaften „spiegelverkehrten“ Tendenzen gemeinsam haben, und zwar dass sie in den einen oder anderen Vorbildern der Vergangenheit (auch wenn sie unterschiedlich sein mögen) festgefahren sind oder sich in diese Vorbilder zurückziehen. Entweder klammern sie dogmatisch an den vergangenen Erfahrungen der ersten Etappe der kommunistischen Revolution – oder eigentlich an einem unvollständigen, einseitigen, und letztendlich falschen Verständnis davon – oder sie zie-

hen sich in die gesamte vergangene Ära der bürgerlichen Revolution und ihre Prinzipien zurück. Letzteres bedeutet im Kern ein Zurückkehren zu Theorien der (bürgerlichen) Demokratie des 18. Jahrhunderts, in der Verkleidung bzw. unter dem Namen des „Kommunismus des 21. Jahrhunderts“. Als Folge davon setzen sie den „Kommunismus des 21. Jahrhunderts“ mit einer Demokratie gleich, die angeblich „rein“ oder „klassenlos“ ist; eine Demokratie, die solange Klassen existieren, in Wirklichkeit nur eine bürgerliche Demokratie und eine bürgerliche Diktatur bedeuten kann². Dabei wird das wissenschaftliche kommunistische Verständnis, das buchstäblich und wieder-

holt mit dem Blut von Millionen von Unterdrückten seit der Zeit der Pariser Kommune erkämpft worden ist – und zwar, dass der alte, reaktionäre Staat zerschlagen und zerlegt und ein radikal neuer Staat ins Leben gerufen werden muss, denn sonst werden die ganzen Errungenschaften des revolutionären Kampfes verschwendet und zerstört und die revolutionären Kräfte werden hingerafft – ignoriert, für überholt erklärt oder als Dogma abgetan (oder in die bedeutungslose Kategorie des „ABC des Kommunismus“ verschoben, die in ihrer Abstraktion anerkannt werden, nur um sie dann als unwichtig für den praktischen Kampf zur Seite zu legen).³

² Eine präzise Entlarvung der Illusionen von „reiner“ und „klassenloser“ Demokratie und eine Ausführung über die tatsächliche Beziehung zwischen Demokratie und Diktatur – von grundlegend verschiedenen Arten – wird in der folgenden Aussage von Bob Avakian dargelegt: „In einer von tiefgreifenden Klassenunterschieden und sozialen Ungleichheiten gekennzeichneten Welt ist es mehr als nur bedeutungslos, über die „Demokratie“ zu sprechen, ohne auch über die Klassennatur dieser Demokratie und welcher Klasse sie dient zu sprechen. So lange wie die Gesellschaft in Klassen geteilt ist, kann es keine „Demokratie für alle“ geben: Die eine oder andere Klasse wird herrschen und sie wird die Art von Demokratie aufrecht erhalten und fördern, die ihren Interessen und Zielen dient. Die Frage ist, welche Klasse herrschen wird und ob ihre Herrschaft und ihr Demokratiesystem dem Fortbestehen oder der letztendlichen Abschaffung der Klassenaufteilungen und den damit einhergehenden Beziehungen von Ausbeutung, Unterdrückung und Ungleichheit dienen wird.“

³ Während dieser gegenwärtigen Periode haben sich einige Kommunisten, ehemalige Kommunisten und „Weggefährten“ des Kommunismus ein eklektisches Gebräu aus Pedanterie, Agnostizismus und Relativismus zusammengezaubert. Diese stehen der von Bob Avakian hervorgebrachten neuen Synthese – in einigen Fällen bewusst und ausdrücklich, aber in jedem Fall der grundlegenden Weltanschauung, Methodologie und den Zielen des Kommunismus – feindlich gegenüber. Diejenigen, die dieses Gebräu verbreiten, behaupten erstens, dass es keinen geeigneten theoretischen Rahmen gäbe, um die vergangenen Erfahrungen der kommunistischen Bewegung zu erklären, klarzustellen und von ihnen die geeigneten Lehren zu ziehen. Zweitens gäbe es keinen solchen Rahmen, um die kommunistische Revolution in der Praxis so zu leiten, dass die Fehler der Vergangenheit, wie sie diese (miss)verstehen, vermieden würden. Daher, so lautet ihr Argument, müsse man sich mit etwas bemühen, das nur in einer endlosen und ziellosen Erkundungsfahrt auf der Suche nach dem notwendigen theoretischen Rahmen hinauslaufen würde und dies in einem Bereich, der von der revolutionären Praxis, geleitet von kommunistischen Prinzipien, völlig getrennt ist. Oft wird dies von einer Verfechtung, wenn nicht sogar einer tatsächlichen Umsetzung, von praktischer Arbeit und praktischem Kampf begleitet, die auf einer äußerst eingeschränkten Grundlage und auf die reformistischste Weise ausgeführt wird, was eine weitere Zutat für ihr eklektisches Gebräu ist. All dies dient, zumindest objektiv, als eine Rationalisierung, um sich zurückzuziehen, aufzugeben oder sich einfach vom tatsächlich revolutionären Kampf – mit einem revolutionären und nicht reformistischen Inhalt - fernzuhalten. Ein Kampf, geleitet von kommunistischer Theorie und kommunistischen Prinzipien, die in der Tat entwickelt werden können und wurden und auch immer noch entwickelt werden, und zwar in einer dialektischen Beziehung mit der Praxis in einem weiten und nicht reformistischen Sinne.

Insbesondere in einem höchst parasitären imperialistischen Land – einem Imperialismus, der buchstäblich die Welt und Milliarden ihrer Bevölkerung beraubt -, überrascht es kaum, dass solch eine pedantische, relativistische und agnostische Orientierung und Herangehensweise entstehen würde, auch wenn sie mehr oder weniger kommunistisch gefärbt ist, und bei vielen Anklang finden würde, insbesondere bei denjenigen aus den eher privilegierten Schichten speziell unter Intellektuellen. Denn so lange man weiterhin behaupten kann, dass es keinen geeigneten theoretischen Rahmen gibt, kann man sich selbst weiterhin davon überzeugen, dass nichts falsch daran wäre, die Verpflichtung zum eigentlichen

Nur indem man mit den fehlerhaften Tendenzen bricht und sich tiefer gehend mit dem Standpunkt, den Methoden und Prinzipien des Kommunismus, wie sie bisher entwickelt worden sind (und ständig weiterentwickelt werden müssen), beschäftigt und fester darauf

basiert, können die Kommunisten der großen Verantwortung und Herausforderung gewachsen sein, tatsächlich eine Avantgarde der Zukunft zu sein. Dabei dürfen sie sich nicht damit abfinden, ein Überbleibsel der Vergangenheit zu bleiben bzw. dahin zurückzufallen,

denn das würde einen Verrat an den Volksmassen auf der ganzen Welt darstellen, für die die kommunistische Revolution der einzige Weg aus dem Wahnsinn und dem Schrecken der gegenwärtigen Welt zu einer wahrhaftig lebenswerten Welt bedeutet.

Kampf für den Kommunismus abzulehnen. Eine Verpflichtung und ein Kampf, welche einen zwingen könnten, sich aus dem letztlich doch nicht so unbequemen Leben eines Akademikers in der reichsten und mächtigsten Festung der Welt zu bewegen. Unsere Einwände richten sich an dieser Stelle definitiv nicht gegen die Rolle der akademischen Intellektuellen an sich oder die Beschäftigung mit theoretischer Abstraktion an sich – die eine wichtige Bestrebung sein kann und die tatsächlich auf vielen Wegen wertvolle Beiträge zur Sache des Kommunismus liefern kann – auch wenn diese Beiträge sich nicht direkt auf die Bereiche der Politik und der politischen Philosophie beziehen. Was vielmehr aufgedeckt und scharf kritisiert wird, ist folgendes Phänomen: Ein Prinzip wird daraus gemacht, die Theorie von der revolutionären Praxis loszulösen, was in Opposition steht zu einem wissenschaftlichen kommunistischen, dialektischen und materialistischen Verständnis von und Herangehensweise an die Beziehung zwischen Theorie und Praxis – wie wir an dieser Stelle diskutiert haben. Wir aber spüren sehr deutlich die Notwendigkeit, unsere Ungeduld auszudrücken, gegenüber solchem geradezu unverständlichem und absichtlich verschleiern dem Geschwätz, das sich als radikales Denken in akademischen Kreisen ausgibt und viel zu oft als solches durchgeht und sich manchmal sogar als Marxismus verkauft.

Gemeinsames und Differenzen zur RCP.USA

(Stellungnahme der IA.RKP)

Wir kennen die RCP.USA seit vielen Jahren und schätzen sie als eine der wenigen Parteien aus der Tradition der 1970er Jahre, die nach wie vor unbeirrbar an der revolutionären Orientierung für ihr eigenes Land festhält, d.h. Orientierung auf eine proletarische Revolution in einem imperialistischen Land.

Verglichen mit vielen anderen Parteien, die sich selbst als marxistisch-leninistisch oder maoistisch bezeichnen, sehen wir in vielen grundlegenden Fragen der Revolution große Gemeinsamkeiten mit der RCP. Seit den Anfängen unserer heutigen Organisation 1992 betonen wir das Parteaufbau-Konzept von Lenins Was-tun?, d.h. wir vertreten den Parteaufbau von oben nach unten, den Vorrang der Propaganda in der ersten Phase und der Beteiligung an Massenbewe-

gungen in der Rolle von Volkstribunen, die die politische Ausrichtung auf die proletarische Revolution ins Zentrum rücken. Im Organisationsaufbau konzentrieren wir uns auf die Gewinnung der bewussten Kolleg/innen mitten in den Kämpfen und wenden uns mit unserer AgitProp nicht an die Masse der Arbeiter/innen, sondern an die entschlossensten und bewussten.

Wir sind überzeugt, dass nur durch einen bewaffneten Aufstand die politische Machtübernahme, die Errichtung der Diktatur des Proletariats durchgeführt und der Aufbau des Sozialismus eingeleitet werden können. Wir sehen die proletarische Revolution als einen permanenten Prozess über viele Jahrzehnte, der mit dem bewaffneten Aufstand und der politischen Machtergreifung beginnt. Die Fortsetzung

des Klassenkampfes im Sozialismus bedeutet einen ständigen Kampf gegen die alte und neu entstehende Bourgeoisie und macht wiederholte Kulturrevolutionen und Massenmobilisierungen notwendig.

Wir sind der festen Überzeugung, dass der wissenschaftliche Kommunismus keine abgeschlossene Lehre ist – weder 1952 noch 1976 sind Endpunkte der wissenschaftlichen Entwicklung. Die Theorie muss ständig weiter entwickelt werden, um aktuelle Antworten auf alte und neue Fragen und Probleme zu geben. Es ist ein schwerer Fehler und großes Versäumnis, dass ein Großteil der marxistisch-leninistischen und maoistischen Parteien in den letzten 40 Jahren fast keine Anstrengungen unternommen haben, auf theoretischem Gebiet aktiv zu sein. Wir möchten in diesem Zusammenhang

darauf hinweisen, dass der Vorschlag der KP China zur Generallinie der Kommunistischen Bewegung aus dem Jahr 1963 nur ein „Vorschlag“ war, aber von den meisten Anhänger/innen nie als solcher diskutiert – und schon gar nicht als Anstoß zur weiteren wissenschaftlichen Arbeit auf theoretischem Gebiet verstanden – wurde. Das halten wir für ein großes Versäumnis.

Das Manifest der RCP nennt zwei gefährliche Strömungen in der kommunistischen Bewegung: Die einen beschränken sich auf die Erweiterung der bürgerlichen Demokratie. Die anderen sagen: Alles, was wir für die Revolution wissen müssen, finden wir in den Schriften der Klassiker, wir müssen das nur richtig umsetzen. Wir in Österreich hatten in unserer Parteaufbauorganisation eine gefährliche Mischung von beiden. Und wir haben in den Jahren 2006 und 2007 einen scharfen ideologischen Kampf gegen diese rechtsopportunistische, dogmatische Strömung führen müssen, was zum Austritt und Ausschluss einer Reihe von Genoss/innen geführt hat.

In diesen und weiteren Fragen sehen wir grundsätzliche Übereinstimmung mit der Theorie und Praxis und der politischen Linie der RCP.

Jetzt zu ein paar kontroversen Punkten im Zusammenhang mit unserer Strategie und Taktik: Wir gehen bei der Analyse der Situation in Österreich von drei grundlegenden Widersprüchen aus, die sich derzeit immer mehr verschärfen:

1. Der Widerspruch zwischen Arbeiter/innenklasse und Kapitalistenklasse zeigt sich z.B. deutlich beim Rassismus, der die Arbeiter/innenklasse spaltet und schwächt, beim Lohnabbau und Sozialabbau, bei den Pensionskürzungen usw.

2. Der Widerspruch zwischen dem österreichischen Imperialismus und den vom österreichischen Imperialismus unterdrückten und ausgebeuteten Völkern zeigt sich ganz be-

sonders stark am Balkan, dem Haupteinflussgebiet des österreichischen Kapitaleports und zugleich dem Schwerpunktgebiet der militärischen Auslandseinsätze. In einer Reihe von Balkanstaaten wie Bosnien, Kosovo, Rumänien, Slowenien, Kroatien steht das österreichische Kapital an der Spitze der ausländischen Ausbeuter.

3. Der Widerspruch zwischen den Imperialisten ist eine Reserve für den revolutionären Kampf, weil er den Feind schwächt. Dieser Widerspruch hat zwei Erscheinungsformen: Erstens verschärft sich zunehmend der Widerspruch zwischen der imperialistischen EU einerseits und ihren Hauptkonkurrenten USA und Russland andererseits. Und zweitens verschärfen sich die Widersprüche zu anderen EU-Imperialisten, z.B. Britannien.

Diese drei grundlegenden Widersprüche sind die Ausgangspunkte unserer politischen Tätigkeit – und nicht irgendwelche Bilder und Vorstellungen von einer besseren und gerechteren Welt.

Was den Aufbau unserer Partei betrifft, halten wir uns an den von Lenin in Was-tun? und den Bolschewiken ausgearbeiteten Plan des Parteaufbaus in zwei Phasen. In der ersten Phase – vor allem in einer nicht-revolutionären Situation wie in Österreich – konzentrieren wir uns voll auf die Gewinnung der bewussten Arbeiter/innen für den Kommunismus. Wir wenden uns nicht an die Masse der Arbeiter/innen und anderen Teile der Volksmassen, sondern ganz gezielt an die fortgeschrittensten und kämpferischsten Aktivist/innen. Erst wenn die Partei als solider und elastischer Kern einer revolutionären Bewegung gesichert ist – und wenn sich die Klassenkämpfe zu einer vorrevolutionären Situation zuspitzen – können wir den Übergang zur zweiten Phase einleiten. Dann liegt das Hauptgewicht auf der Gewinnung der breiten Arbeiter/innen und Volksmassen für den revolutionären Umsturz. Aber sowohl in der ersten als auch in der zweiten Phase wird unser Schwerpunkt auf der po-

litischen Arbeit liegen, zuerst auf der Propaganda der proletarischen Revolution und dann auf der praktischen Vorbereitung und Anleitung dieser.

Was den revolutionären Aufstand selbst betrifft, haben wir z.B. vor einigen Jahren den Beitrag Bob Avakians vom Dezember 1998 „Maoist Revolutionary Warfare in the Imperialist Countries“ studiert und diskutiert und halten sie im wesentlichen für richtig.

Jetzt zu einem Fragenkomplex, wo wir Unterschiede zur RCP in Theorie und Praxis vermuten, ohne uns intensiv damit auseinandergesetzt zu haben.

Es geht um die ökonomische und politische Bedeutung der Arbeiter/innenklasse und die Rolle der Arbeiteraristokratie als ein Haupthindernis für die proletarische Revolution. Die Arbeiter/innenklasse ist das revolutionäre Subjekt und die Intellektuellen und Angehörige anderer Schichten können und müssen sich entscheiden, auf welche Seite im Klassenkampf sie sich stellen. Die Komintern ging in ihrer Analyse der Arbeiteraristokratie davon aus, dass diese in der Krise verschwindet, bzw. politisch an Bedeutung verliert – das war eine völlige Fehleinschätzung. Die Bedeutung der Arbeiteraristokratie für den Erhalt der kapitalistischen Ordnung nimmt in der Krise sogar zu, und das Monopolkapital ist bereit, einen großen Teil seiner Extraprofiten für die Bestechung einer kleinen Oberschicht der Arbeiter/innenklasse auszugeben, um so die gesamte Klasse politisch zu desorientieren.

Auch wenn wir das gleiche nächste strategische Ziel wie die RCP – die Machtübernahme in einem bewaffneten Aufstand – haben, scheint uns, dass die RCP ein distanzierteres Verhältnis zur Arbeiter/innenklasse hat, ein abstrakteres Verständnis von der anzustrebenden „Diktatur des Proletariats“. Wir meinen, dass die RCP in ihren Schriften teilweise zu wenig materialistisch an die vor den Kommunist/innen stehenden Aufgaben herangeht und sich manchmal zu stark auf der ideo-

logischen Ebene bewegt. In der Zeitung „Revolution“ und in sonstigen Dokumenten der RCP spielen Fragen des Überbaus und der Ideologie anscheinend eine übergewichtige Rolle.

Wir gehen in unsere Klassenanalyse für Österreich davon aus, dass von 8 Millionen etwa 5 Millionen, das sind über 60% der Bevölkerung, zur Arbeiter/innenklasse gehört, d.h. keine Produktionsmittel besitzen, ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und Mehrwert schaffen oder unter das Kapital subsumiert sind, wie Karl Marx es genannt hat. Die anderen Teile der Bevölkerung sind etwa 25% Angehörige von halbproletarischen Zwischenschichten, etwa 7% Kleinbürger/innen und 6% Bourgeoisie.

Warum sind aber diese 60% der Bevölkerung in unserem imperialistischen Land scheinbar so zufrieden mit den Zuständen und derzeit in der großen Mehrheit keineswegs empfänglich für revolutionäre Propaganda? Wir sind der Auffassung, dass die u.a. von Lenin im Vorwort zu „Imperialismus als höchstes Stadium“ genannte Arbeiteraristokratie die entscheidende Rolle bei der Niederhaltung und politischen Knebelung der Arbeiter/innenklasse spielt. Wir denken, dass nur auf dem Weg der unablässigen politischen Isolierung der Arbeiteraristokratie in konkreten Kämpfen und Bewegungen der Aufbau einer kämpferischen Arbeiter/innen-Einheitsfront möglich ist. Nur durch den Aufbau einer solchen Arbeiter/innen-Einheitsfront kann dem Kapital die ideologische und politische Hegemonie streitig gemacht werden.

Damit meinen wir, dass das herrschende bürgerliche und kleinbürgerliche Bewusstsein durchbrochen werden muss, um die Arbeiter/innenklasse kampffähig zu machen. Die internationalen Erfahrungen sowohl vor der Machtergreifung als auch beim Klassenkampf im Sozialismus zeigen, dass der Kampf um die Köpfe von entscheidender Bedeutung ist. Wir versuchen immer wieder konkret den Unterschied und Widerspruch zwi-

schen den herrschenden Ideen und dem proletarisch-revolutionären Bewusstsein hervor zu streichen. Alles andere führt zu Reformismus. Das ist die ideologische Seite des Kampfs gegen die Arbeiteraristokratie und ihren verderblichen Einfluss.

Die Revolutionären Kommunist/innen müssen auf dem Weg der kämpferischen Arbeiter/innen-Einheitsfront schrittweise politischen Einfluss auf immer größere Teile der Arbeiter/innenklasse gewinnen - und schließlich in einer revolutionären Situation den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie anleiten. Dazu gehören in dieser Situation als Vorbedingung der Aufbau von Arbeiter/innenräten aus den Kräften der kämpferischen Einheitsfront, der Aufbau einer von der Partei geleiteten Arbeiter/innenmiliz und Roten Armee und ein landesweiter revolutionärer Generalstreik zur Unterstützung des bewaffneten Aufstands.

Wir können natürlich nicht voraussagen, wie die konkrete Entwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verläuft – es kann auch ganz anders kommen. Aber für die planmäßige Entwicklung unserer Organisation und die Gewinnung neuer Mitglieder und Entwicklung von Kadern halten wir diese Orientierung für ganz wichtig.

(Alle diese von mir hier angeführten Punkte können genauer in unseren programmatischen Thesen „Weg zum Kommunismus“ und in der Schrift „Weg zur Revolution“ nachgelesen werden.)

Heute stehen wir allerdings als kleine Parteaufbauorganisation erst am Beginn der 1. Phase, wo es bei der Arbeit nach außen – über die regelmäßige Propaganda mit Flugblättern, Zeitungen, Broschüren hinaus - fast ausschließlich um propagandistisches Eingreifen in verschiedene Bewegungen geht. Schon in unserer Gründungserklärung vom Jahr 2002 haben wir folgende Schwerpunkte betont.:

„In unserer gesamten Öffentlichkeitsarbeit wenden wir uns in erster Linie an die bewussten Teile der Arbeiter/innen-

klasse“ und nicht an die breite Masse.

„In unseren Publikationen arbeiten wir vor allem die politische Linie heraus“ und berichten nicht über alle möglichen Bewegungen.

Beim Auftreten konzentrieren wir uns auf die politische Propaganda, denn wie schon Lenin gelehrt hat, muss das sozialistische Bewusstsein in die Arbeiter/innenklasse hineingetragen werden“.

Im Parteaufbau konzentrieren wir uns auf den ideologischen Aufbau eines kommunistischen Kerns“ und bemühen uns nicht vorrangig um den Zusammenschluss von führenden Aktivist/innen verschiedener Bewegungen.

Wieso beteiligen wir uns aber trotzdem an Aktionseinheiten – und in welcher Situation? Dazu haben wir 3 Kriterien festgelegt: Bevor wir uns an einer Aktionseinheit beteiligen, analysieren wir sehr genau, ob an der Aktionseinheit 1. klassenbewusste Arbeiter/innen beteiligt sind, 2. die Bewegung politisch direkt gegen die Bourgeoisie und ihren Staat gerichtet werden kann, und 3. proletarisch-revolutionäre Propaganda darin für uns möglich und sinnvoll ist.

Wir haben diesen Punkt der Rolle der Arbeiteraristokratie und die Möglichkeiten des revolutionären Eingreifens so ausführlich beleuchtet, weil wir darin unterschiedliche strategische Herangehensweisen bei der RCP vermuten.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die revolutionären kommunistischen Parteien in jedem Land und weltweit nur dann wieder zu einer prägenden Kraft werden können, wenn wir den fortschrittlichsten Kolleg/innen konkrete und verständliche Vorschläge machen können, wie wir die Herrschaft des Kapitals stürzen und eine wirklich andere Gesellschaftsordnung erreichen wollen – einschließlich der Beantwortung der Frage: Warum hat die kommunistische Bewegung so eine große Niederlage erlitten?

Einige Notizen zu dem China-Text in „Trotz alledem!“ Nr.51

Die deutsche Zeitung „Trotz alledem“ Nr.51 brachte einen langen China-Artikel, den wir genauer besprochen haben. Dazu ein persönlicher Beitrag von einem Genossen zur Position der IA.RKP, vgl. S.8 in dieser PR

1. China sei niemals in seiner Geschichte ein sozialistisches Land gewesen und nie über das Stadium der Volksdemokratie hinausgekommen. „...bis 1978 herrschte eine volksdemokratische Wirtschaftsordnung mit sozialistischen Elementen“ (p.5) Nur in der Kulturrevolution „wurde eine sozialistische Revolution versucht, die letztendlich nicht erfolgreich war“ (p.12). Die Umwälzung der (formellen, ich weiß, aber immerhin) Eigentumsverhältnisse Ende der 1950er Jahre, die Kollektivierung der Landwirtschaft, dann die Kampagne in Richtung Volkskommunen im Zug des Großen Sprungs, ist den Genossen entgangen oder spielt keine Rolle. Zu behaupten, dass China nie sozialistisch war und erst in der Kulturrevolution ein Versuch unternommen wurde, von der Volksdemokratie in Richtung Sozialismus weiterzugehen, ist eine eigenwillige Sicht der Geschichte. Worum gingen denn dann die Klassenkämpfe gegen die Richtung Liu Schao Tschi in den 1950er Jahren? Wogegen richtete sich denn dann der Große Sprung? Wer führte mit wem und worüber die Auseinandersetzung „Traktoren oder Volkskommunen“? Was wurde denn nach dem Großen Sprung wieder zurückgedreht? Was passierte zwischen Ende des Großen Sprungs und Beginn der Kulturrevolution in Staat und Partei? Wahrscheinlich alles wurscht oder halt Cliquenkämpfe, jedenfalls braucht man sich nicht die Mühe machen, sich damit zu befassen. Genauso bezüglich der Kulturrevolution, die ja von „Trotz alledem!“ – soweit ich weiß - ohnehin bestenfalls gering geschätzt, eigentlich als prinzipienloses Machtgerangel und Geputsche betrachtet wird. (Übrigens seltsam, die Kulturrevolution, wenn man

es zur „Relativierung“ der an und für sich kuriosen Auffassung, China sei nie sozialistisch gewesen, gut brauchen kann, plötzlich doch zu einem „sozialistischen Versuch“ hochzustilisieren“. Wer, bitte schön, hätte denn, nachdem es Mao und seine „Clique“ wohl nicht gewesen sein können, und auf welcher Grundlage, so einen Versuch unternemen sollen?)

2. Wie passt das mit der von denselben Genossen vertretenen Sicht der Sowjetunion zusammen? Natürlich gibt es in der Übergangsgesellschaft, drum heißt sie ja so, schon sozialistische und noch kapitalistische Elemente. Wenn das genügt, um zu sagen, es sei noch nicht Sozialismus, und wenn die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse keine Rolle spielt, dann war auch die Sowjetunion der 1930er Jahre etc. nicht sozialistisch. Aber anscheinend ist es bei der Sowjetunion ganz umgekehrt. Dort war alles besser Sozialismus, bevor blöderweise 1956 der Revisionismus das Licht der Welt erblickte. Wenn China niemals sozialistisch war, auch nicht nach Abschluss der Kollektivierung der Landwirtschaft und während des Großen Sprungs, auch nicht während der Kulturrevolution, dann war es jedenfalls die Sowjetunion auch nie.

3. Wenn Pkt.1 richtig wäre, wenn also bis zuletzt noch volksdemokratische, also nicht sozialistische, sondern erheblich oder sogar dominierend kapitalistische Verhältnisse in Wirtschaft und Gesellschaft vorherrschend gewesen wären, müsste man die Klassenkämpfe in China seit der 1950er Jahren bis zur Kulturrevolution ganz anders betrachten. Dann wäre das nicht der Kampf gegen die Herausbildung einer neuen Bourgeoisie,

sondern der Kampf gegen die alte Bourgeoisie, organisiert im Rahmen der politischen Form der Volksdemokratie, gewesen. An zwei, drei Stellen (z.B. auf S.6 oder p.32) ist dennoch die Rede von einer „neuen Bourgeoisie“ bzw. ihrem „Machtantritt“, aber wo kam sie plötzlich her? War es schon wieder einmal eine „Naturkatastrophe“ so wie 1956? Wenn man die Klassenkämpfe in China nicht für Kämpfe zur Verteidigung und zum Weitertreiben des Sozialismus hält, sondern für Kämpfe im Rahmen einer volksdemokratischen Ordnung, kann man nicht sehr viel verstehen. Es ist kein Zufall, dass keinerlei konkrete Analyse vorgenommen oder auch nur angedeutet wird, was in China eigentlich in diesem Zeitraum passiert ist.

4. So wenig Bedeutung die Genossen der Umwälzung der Eigentumsverhältnisse beimessen, so sehr kleben sie, wenn sie über die Restauration des Kapitalismus sprechen – seltsamer Widerspruch – nur an den Eigentumsverhältnissen. Von Seite 6 bis 12 werden über Seiten formelle Änderungen in den Eigentumsverhältnissen und nur diese beschrieben. Die Entartung vollzog sich also vornehmlich hier. Nicht ein einziges Wort z.B. über die Frage der Betriebsverfassung („Anshan oder Magnitogorsk?“), über das, was in der Kulturrevolution als „Fortbestand des bürgerlichen Rechts“ betrachtet und behandelt wurde. Nichts über die tatsächlichen Produktionsverhältnisse und -beziehungen. Man schaut nur auf die formellen Eigentumsverhältnisse. Das passt zur falschen Sicht der Entwicklung in der Sowjetunion, zur Unfähigkeit, das Aufkommen des Revisionismus zu begreifen, zum Desinteresse an dem, was

sich Marxisten-Leninisten unter Fortsetzung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats vorstellen etc. Die Genossen haben, muß man zusammenfassen, keine marxistisch-leninistische Sicht der Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaft. Alles bleibt auf der Ebene einer formelhaften und formalistischen Betrachtungsweise stecken. Das ist in Wahrheit eine revisionistische Position, die einen wehrlos macht gegenüber den restaurativen Gefahren.

5. Die „konkrete“ Darstellung des Ablaufs der Restauration ist ein Berg von bürgerlichen Materialien. Wenn man hundert Zitate aus „Spiegel online“, Wikipedia und anderen bourgeoisen Medien und imperialistischer Botschaften etc. zusammenstellt, wird daraus dennoch keine konkrete Analyse, schon gar keine marxistisch-leninistische, auch wenn man zusätzlich ein paar plakative Hinweise auf Bourgeoisie und Proletariat ins Spiel bringt. (Komisch übrigens auch die vielen abgebildeten bourgeoisen Titelseiten. Was soll das zum Ausdruck bringen, außer einem Hinweis auf die Quellenmasse, aus der man seine Informationen bezieht?) Was als marxistisch-leninistische Analyse ausgegeben wird, bringt nicht mehr Erkenntnis als so manches interessante bürgerliche Buch über China. Wir haben vor uns eine ziemlich „bewusstlose“ Datensammlung, eigentlich bürgerlicher Empirismus, aber keine konkrete Analyse, was wirklich vorging. Wie vollzog sich die kapitalistische Restauration, woran aus früheren Linienkämpfen konnte sie anknüpfen, welche Eigentümlichkeiten hatte sie, worum ohne den gewaltigen Widerstand, den man eventuell hätte erwarten können... darüber erfährt man nicht viel. Was man erfährt, spielt sich nur an der Oberfläche ab, was halt die bürgerlichen Beobachter, die die Quelle darstellen, so wahrnehmen. Kein Wort über die wirklichen Produktionsbeziehungen in den Fabriken und auf dem

Land und über das wirkliche Leben der Volksmassen. Immer wieder nur die Eigentumsverhältnisse etc. Gemessen am Anspruch des Textes ist er eine zwar in puncto Materialsammlung fleißige (allerdings ziemlich redundante), aber in puncto Erkenntnisgewinnung sehr schwache Leistung.

6. Das gilt leider für den gesamten Artikel. Schade um die viele „bewusstlose“ Arbeit des Materialsammelns etc. Es bleibt das meiste sehr oberflächlich, keine konkrete Analyse und – was den Marxismus-Leninismus betrifft – eher nur plakativ. Als Beispiel der Abschnitt zur Militärpolitik. Das ist total abstrakt. Nach einem Haufen „Fakten“ stellt man fest, dass die Aufrüstung auf den imperialistischen Charakter Chinas verweist. Soweit so gut. Aber man findet nicht Konkretes. In der „Monde Diplomatique“ (manchmal sogar in der „Österreichischen Militärischen Zeitung“) findet man oft wesentlich mehr. Z.B. gab es im September 2008 einen Artikel zur Flottenpolitik („La Chine affirme ses ambitions navales“): Strategische und taktische Ziele, Stützpunktpolitik, geostrategische Überlegungen zu den „Einsatzradien“, Rivalität und Zusammenarbeit mit Indien, Flugzeugträger - ja oder nein?, Verbundprobleme zwischen Flotte und Luftwaffe... Nichts davon hier. Hier erfährt man, verpackt in einen Wust an Material, dass China gewaltig aufrüstet, aber doch im Vergleich zu anderen noch weit zurück liegt. Ein Haufen aneinandergereihte Zahlen ist noch keine Analyse. Abgesehen davon wäre hier eine qualitative Analyse, nicht nur eine quantitative Aufzählung gefragt: Es kommt nicht darauf an, wie viele Panzer jemand hat, sondern auf die konkrete militärische Einsatzkraft seiner Panzertruppe in Bezug auf seine militärstrategischen Ziele, den Verbund mit anderen Waffensystemen, mit der Logistikkapazität...

7. Was die Einschätzung Chinas heute betrifft, komme ich heu-

te ebenfalls zu der Einschätzung, dass es sich inzwischen um ein „imperialistisches Land auf dem Weg zur Großmacht“ handelt, das – Indien liegt hier weit hinter China, ist natürlich auch ökonomisch viel schwächer und hat nicht den Bonus einer derart effektiv-hochzentralisierten (im Unterschied zu einer bürokratischen formell-zentralistischen) Staatsmacht - in den Ring der globalen Hegemonialmächte gestiegen ist. Richtig ist, dass man die Kriterien für den Imperialismus im Zusammenhang und in der Entwicklung nehmen muss. Man muss auf die Entwicklungsrichtung schauen, z.B. beim Kapitalexport. Man muss ihn auch qualitativ (wo? welche Bereiche? relative Monopolstellung? Abschneiden der Rivalen von Ressourcen?) und nicht nur quantitativ betrachten. Man muss beachten, dass Kapitalexport und –import untereinander und auch mit dem Warenexport und –import zusammenhängen. Der Kasten auf S.18 zur „Rolle von Kapital- und Warenexport“ ist m.E. ganz richtig. Auch das „Fazit“ auf S.32 halte ich – trotz der falschen ideologischen und historischen Grundlage (siehe oben Pkt. 1 bis 4) - für richtig.

8. Im heutigen Imperialismus kann es auf Dauer keine (mehr oder weniger) unabhängigen Staaten mehr geben. Die Zeit der nationalen Bourgeoisien, meist in Form bürokratischer Bourgeoisien (à la Nasser ...), und von einem Dasein in gewisser relativer Unabhängigkeit in den Poren des Imperialismus ist längst vorbei. Ökonomisch hat der sich globalisierende Kapitalismus damit aufgeräumt und politisch die Jahrzehnte der Rivalität zwischen der damals sozialimperialistischen Sowjetunion und den USA. Zurück geht es nicht mehr. Entweder sozialistische bzw. als erster Schritt neudemokratische Revolution oder neokoloniale Abhängigkeit. Eine dritte Möglichkeit gibt es heute nicht. Daher wird jedes kapitalistische Land, wenn es stark genug ist, Tendenz zum Hegemonismus und Imperialis-